

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 02. Zuvor stimmen wir aber über drei Änderungsanträge ab, die ich jetzt aufrufe.

Der erste Änderungsantrag, über den wir abstimmen, kommt von der Fraktion der SPD, Drucksache 17/11933. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/11933** mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich rufe den zweiten Änderungsantrag – ebenfalls von der Fraktion der SPD gestellt – Drucksache 17/11934 auf. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Stimmenthaltungen sind demzufolge bei der AfD-Fraktion. Damit ist auch dieser **Änderungsantrag Drucksache 17/11934** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich rufe den dritten Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/11935 auf. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und die AfD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch dieser **Änderungsantrag Drucksache 17/11935** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Damit kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 02, den Haushalt des Ministerpräsidenten. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/11902, den Einzelplan 02 unverändert anzunehmen. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan selbst. Wer dem Einzelplan seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der **Einzelplan 02 in zweiter Lesung** mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Ich komme noch einmal auf den Einzelplan 09 – Ministerium für Verkehr – zurück, über den wir vor der abstimmungsfreien Mittagszeit debattiert haben, über den wir aber nicht mehr abstimmen konnten. Die Hinweise kennen Sie. Sie erinnern sich auch an die Debatte, sodass ich sofort zur Abstimmung über den Einzelplan 09 übergehen kann.

Auch hier empfiehlt der Haushalts- und Finanzausschuss in Drucksache 17/11909, den Einzelplan 09 unverändert anzunehmen. Deshalb stimmen wir auch hier über den Einzelplan und nicht über die Beschlussempfehlung ab. Wer dem Einzelplan 09 zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Die

Enthaltungen sind demzufolge bei der AfD-Fraktion. Mit diesem festgestellten Abstimmungsergebnis ist der **Einzelplan 09 in zweiter Lesung angenommen**.

Wir fahren in der Tagesordnung fort mit:

Einzelplan 14 Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie

Auch hier liegt uns eine Beschlussempfehlung und ein Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses vor. Dieser Bericht trägt die Drucksachennummer 17/11914. Wir debattieren in drei Teilbereichen nämlich Wirtschaft, Energie und Landesplanung sowie Innovation und Digitalisierung.

Ich rufe den ersten Bereich auf:

a) Wirtschaft

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Sundermann das Wort.

Frank Sundermann (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Vorlage eines Haushalts, hier des Einzelplans 14, Wirtschaft, Energie und Landesplanung, zeigt auch immer eine Strategie der Landesregierung auf, nämlich die Art und Weise, wie sie dieses Politikfeld gestalten will. Sie hinterlegt das mit Summen.

Ich würde gerne mit Ihnen mal ein wenig schauen, was bisher mit diesen grundsätzlichen strategischen Ausrichtungen erreicht wurde.

Überdeckt wird dieses natürlich alles wie viele andere Politikfelder durch die Problematiken, die wir durch Corona haben. Deswegen möchte ich mit Ihnen überlegen, wie wir als nordrhein-westfälische Wirtschaft in das Jahr 2020 gegangen sind. Wenn man dann einen Blick auf die Industrie dieses Landes wirft, die ein Schwerpunkt der Wirtschaft hier in Nordrhein-Westfalen ist, müssen wir feststellen, dass wir mit einem Minus von 1,9 % im Vergleich zu 2018 in dieses Jahr gegangen sind.

Lassen Sie uns einmal aus der Sicht der Wirtschaft die Situation in Nordrhein-Westfalen zur Jahreswende 2019/2020 genauer betrachten. Dazu empfehle ich die Konjunkturumfrage von METALL NRW zum Jahreswechsel, in der sehr deutlich wird, dass diese in vielen wirtschaftspolitischen Feldern negativ beurteilt wird. Ich kann feststellen, dass wir durchaus ein Stück weit als kranker Mann in dieses Krisenjahr gegangen sind.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun auf einen für uns alle in den vergangenen 18 Monaten

neben der Coronaproblematik gravierenden Veränderungsprozess, der auch wirtschaftspolitische Implikationen hat, schauen. Das ist der Kohleausstieg im Rheinischen Revier.

Wir können hier, meine ich, gemeinsam feststellen, dass dieser Kohleausstieg durch die entsprechenden Bundesmittel auskömmlich finanziert wird. Der eine oder andere ist ja auch hier aus der betroffenen Region. Viele Prozesse sind ja auch schon angeschoben, und verschiedene Projekte sind identifiziert worden.

Wir könnten gemeinsam überlegen, wie ein ideales Projekt, das wir uns für das Rheinische Revier vorstellen würden, aussehen würde. Der Ausgangspunkt wäre die Grundlagenforschung an der Hochschule, dann eine Start-up-Ausgründung und anschließend aus diesem Start-up heraus eine industrielle Fertigung und das dann auch noch in einem Zukunftsfeld. Das haben wir bzw. – so sollte ich es vielleicht sagen – hatten wir doch.

Das hatten wir mit dem E-Mobilitätscluster im Raum Aachen. Wir haben mit StreetScooter und e.Go genau das erreicht, dass wir am Ende eine industrielle Fertigung dort haben. Wenn wir uns aber die Entwicklung dieses Jahres anschauen, müssen wir feststellen, dass es nicht funktioniert hat, dass die Landesregierung es nicht hinbekommen hat, weil sie vielleicht nicht den Willen, die Kraft oder das Können hat, dieses Projekt langfristig „ans Fliegen“ zu bringen. Das ist sicherlich keine gute Blaupause für das, was in den nächsten Jahren da passieren soll.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns gemeinsam auf die Kernaufgabe und die Kernkompetenz guter Wirtschaftspolitik schauen und dann überlegen, ob wir die strategischen Ausrichtungen der Landesregierung hier auch wiederfinden. Das Erste ist sicherlich die Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen, und das Zweite ist – da werde ich bei dem Minister sicherlich offene Türen einrennen – eine wenig zeitintensive Umsetzung dieser Rahmenbedingungen, die wir haben.

Lassen Sie uns gemeinsam auf einen sehr aktuellen Fall schauen, nämlich auf das Ladenöffnungsgesetz. Haben wir hier eine leichte Umsetzung? – Sie haben eine Anwendungshilfe zum Ladenöffnungsgesetz aufgelegt, die sieben Seiten umfasst, und die Anlage zu den Anwendungshilfen hat 46 Seiten. Herr Minister, ich denke, ein anwendungsfreundliches Gesetz sieht anders aus. Sie haben für alle Beteiligten keine verlässlichen Rahmenbedingungen geschaffen, weder für die Kommunen noch für die Kunden noch für die Händler.

Der Grund dafür ist aus unserer Sicht: Sie folgen an dieser Stelle eben nicht pragmatischen Rahmenbedingungen, einer pragmatischen Ausrichtung, sondern Sie folgen hier doch sehr einem ideologischen Kompass und suchen eben nicht nach sachorien-

tierten Lösungen, die man mit allen Beteiligten entwickeln kann.

Gute und nachhaltige Wirtschaftspolitik sieht aus unserer Sicht so aus: Sie soll wenig dirigistisch, ideologiefreier sein und auf Dialog setzen.

All das sehen wir in Ihrem Haushalt, in Ihrer Strategie nicht. Konsequenterweise werden wir diesen Haushalt deshalb auch ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Sundermann. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Rehbaum.

Henning Rehbaum (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Sundermann, das ist ja interessant, was Sie gerade wieder zum Thema „Ladenöffnung“ gesagt haben. Wir warten seit Monaten auf eine klare Positionierung der SPD. Die Frage ist: Sind Sie nun für verkaufsoffene Sonntage, oder sind Sie es nicht?

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von Dietmar Bell [SPD] und Stefan Zimkeit [SPD])

Distanzieren Sie sich eigentlich von der Position der Gewerkschaft ver.di, oder sind Sie mit ihr einer Meinung? – Das wollen die Beschäftigten im Einzelhandel endlich von Ihnen wissen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Hinter uns liegt ein Jahr, auf das wir wohl noch lange zurückblicken werden. Ein Haushaltsentwurf zur Wirtschaft muss in dieser Zeit ein Signal finanzieller Stabilität, aber auch des Fortschritts sein. Dazu müssen der Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen weiter vorangebracht und die Folgen der Coronakrise abgefedert und als Chance genutzt werden. Selbst der Laie sieht leicht: Die NRW-Koalition gibt mit dem vorliegenden Haushalt die richtigen Antworten in der Krise, Sicherung unternehmerischer Existenzen und Arbeitsplätze sowie Innovationsförderung auf der einen und die Entwicklung hin zur klimafreundlichsten Industrieregion Europas auf der anderen Seite.

Im Mittelpunkt steht der Mittelstand. 5 Milliarden Euro sind nach NRW für Soforthilfen und Überbrückungshilfen geflossen, Steuern wurden gestundet, das Kurzarbeitergeld des Bundes steht zur Verfügung. Nordrhein-Westfalen hat für die Solo-Selbstständigen mit der Vertrauensschuttlösung im Rahmen der Soforthilfe und der Überbrückungshilfe Plus 700 Millionen Euro Unternehmerlohn bereitgestellt. Dazu kommt die Novemberhilfe des Bundes.

Bei den Hilfen gilt das Motto: Erst helfen wir den kleinen Unternehmen, dann den großen.

Herzlichen Dank an dieser Stelle an Minister Professor Pinkwart, Minister Lienenkämper und die gesamte Landesregierung

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

für das beherzte Krisenmanagement und an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien, Bezirksregierungen, Kammern, Verbänden, Wirtschaftsförderung und die Steuerberater, die hier wirklich Großartiges geleistet haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wie vorhin angesprochen, kümmern wir uns intensiv um Transformationsprozesse der Wirtschaft und um die Gestaltung des Strukturwandels. Transformation ist das Schlagwort dieses und des kommenden Jahrzehnts. Wir transformieren die oft energieintensive Industrie, sie soll klimaneutral und wettbewerbsfähig auf den Zukunftsmärkten werden. Ob Stahl, Chemie oder Automotive, Aluminium, Glas, Papier oder Zement, NRW unterstützt Unternehmen beim Modernisieren und Investieren.

Wir machen die Energiewende „Made in NRW“. Der Kohleausstieg hält besondere Herausforderungen, aber auch Chancen für das Rheinische Revier und die Metropole Ruhr bereit. Es gilt, mit einem präventiven Strukturwandel neue wirtschaftliche und industrielle Strukturen aufzubauen. Damit wollen wir Arbeitsplätze und Wohlstand dauerhaft sichern und unseren Beitrag zum Erreichen der Pariser Klimaziele liefern.

(Beifall von der CDU, Ralph Bombis [FDP] und Dietmar Brockes [FDP])

NRW hat starke urbane Ballungsräume und starke ländliche Räume mit Handwerk, Mittelstand und Industrie, insbesondere den Hidden Champions von Münsterland über Ostwestfalen bis zum Sauer- und Siegerland. Und: NRW ist Energie- und Industrieland Nummer eins in Deutschland, und das wollen wir auch bleiben.

Darüber hinaus stärken wir mit diesem Haushalt Außenwirtschaft, Tourismus, Mittelstand und Handel, das Handwerk mit einer Meistergründungsprämie und die Gründer mit dem Gründerstipendium.

Der Haushalt für Wirtschaft 2021 wächst auf rund 620 Millionen Euro an, ein Plus von rund 12 %. Zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik des Landes ist es, die Rahmenbedingungen für den Mittelstand in Nordrhein-Westfalen zu verbessern sowie dessen wirtschaftliche Entfaltung zu unterstützen.

Da sind wir bei dem Politikansatz, der uns von der Opposition klar unterscheidet. Die NRW-Koalition kann auch Politik, die kein Geld kostet, sondern Zeit, Nerven und Geld spart. Ein paar Beispiele: Wir haben Entfesselungsinitiativen im Land und im Bund gestartet. Seit Amtsantritt im Jahr 2017 haben wir mit unseren Entfesselungspaketen fast 60 unnötige

Regelungen vereinfacht oder gestrichen. Wir nehmen den Unternehmen Steine aus dem Rucksack.

In der Coronakrise hat die Landesregierung nicht nur Impulse mit einem eigenem Konjunkturpaket gesetzt, sondern auch eine Entfesselungsinitiative auf Bundesebene angestoßen: 48 Maßnahmen zur Reduzierung bundesgesetzlicher Bürokratie und zur Erleichterung und Beschleunigung von Verwaltungsverfahren sowie eine Initiative für ein Belastungsmoratorium. Den Unternehmen geht es in der Krise schon schlecht genug. Da brauchen wir ihnen nicht noch zusätzliche Steine in den Rucksack zu packen. Darum geht es bei diesem Moratorium.

Ich komme zum Schluss. Unter schwierigen Umständen bietet der Haushalt 2021 eine exzellente Grundlage, um die großen Herausforderungen unserer Zeit zu bestehen und daraus Chancen für unser Land zu entwickeln, gemeinsam für die Menschen, die hier leben, für die Beschäftigten und ihre Familien und für unsere Unternehmen jeder Größe.

Denn eines steht fest, liebe Opposition: Nicht der Staat schafft Arbeitsplätze, sondern starke Unternehmen. Die Politik muss den Rahmen für die Unternehmen schaffen, und das tun wir als NRW-Koalition auch 2021. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU, Dietmar Brockes [FDP] und Jörn Freynick [FDP])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Rehbaum. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Bolte-Richter.

Matthi Bolte-Richter^{*)} (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Rehbaum, dass die Unternehmen die Arbeitsplätze schaffen und nicht der Staat, war ja zum Schluss wieder ein schöner Spruch für das Poesiealbum.

(Henning Rehbaum [CDU]: Das ist neu für Sie, richtig?)

Sie haben vielleicht eben die Debatte zum Einzelplan 02 verpasst. Fragen Sie einmal Ihren Ministerpräsidenten, wie viele Arbeitsplätze man so in einer Staatskanzlei schaffen kann.

(Beifall von den GRÜNEN, Lisa-Kristin Kaptinat [SPD] und Stefan Zimkeit [SPD])

Dann können wir darüber vielleicht noch einmal sprechen.

(Henning Rehbaum [CDU]: Nichts verstanden!)

– Doch, ich habe das verstanden. Aber es muss in so einer Debatte auch mal sein, dass man als Oppo-

sition eine solche Vorlage aufgreift, zumal wir an dieser Stelle eigentlich über zweierlei Dinge sprechen.

Wir sprechen zum einen über den Landeshaushalt. Wir sprechen, was den Bereich der Wirtschaftspolitik angeht, aber auch über das, was über den Rettungsschirm abgewickelt wird; denn der Großteil der Krisenhilfe wird in der akuten historischen pandemiebedingten Krisenlage nicht über die Einzelpläne, sondern über den Rettungsschirm abgewickelt. Insofern muss man das, glaube ich, hier auch zweigeteilt debattieren.

Wir haben als grüne Fraktion die ganze Zeit über eine Menge von konstruktiven und auch konkreten Vorschlägen zur Krisenbekämpfung gemacht. Wir haben – das will ich eingangs doch noch einmal erwähnen – in der akuten Krisenbekämpfung auch vieles unterstützt, und wir haben dann viele Vorschläge dazu gemacht, was man noch besser machen kann. Ich erinnere einmal daran, wie wir Sie bei den Solo-Selbstständigen zum Jagen tragen mussten. Ich erinnere an den Popanz, den Sie, Herr Minister Pinkwart, hier vor zwei Wochen aufgebaut haben, um zu erklären, dass die Novemberhilfen im November, nämlich ab dem 25. November, kommen. Ich weiß von einer ganzen Reihe von Unternehmen bei mir im Wahlkreis, dass die Gelder noch nicht angekommen sind.

Ich erinnere auch gerne einmal an das Hin und Her – eigentlich erinnere ich mich nicht so gerne daran –, das wir im Frühjahr bei den ersten Mitteln aus dem Rettungsschirm erlebt haben, als Unsicherheit verursacht wurde, weil nicht klar war: Wie wird abgerechnet? Was darf bezahlt werden? Wer muss möglicherweise Geld zurückzahlen?

In einer Krise wie dieser brauchen wir in der Wirtschaftspolitik einen Minister, der für Vertrauen steht und der Sicherheit gibt. Wie gesagt, wir haben bei der Krisenbekämpfung bewusst und gerne viel mitgetragen. Aber wir haben bei der Abwicklung durch diese Landesregierung jede Menge Stellen gesehen, an denen es Fehler und Probleme gegeben hat.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Da müssen Sie einfach besser werden, und zwar jenseits der Frage, was wir im Frühjahr unterstützt haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie müssen im Übrigen auch schneller werden. Es muss schnell besser werden. Die Ankündigung, dass man sich erst im Januar um die Ausgestaltung der Überbrückungshilfe III kümmern will, kann doch keinen Bestand mehr haben. Unsere Unternehmen brauchen ein Mindestmaß an Planungssicherheit, und die kriegen sie nicht, wenn immer alles in Vier-Wochen-Häppchen kommt. So funktioniert es nicht, weil man in der Krise nicht nur einen Plan für die

akute Lage braucht, sondern auch einen Plan über diese Zeit hinaus.

Dieser Haushalt ist jenseits der akuten Krisenlage wenig inspirierend. Er bringt viele Zukunftsthemen nicht gezielt voran. Sie sind entweder gar nicht abgebildet, wie zum Beispiel Fragen von industrieller Transformation, von Industrie 4.0, von Wasserstoff, von Kreislaufwirtschaft, oder die Mittel dafür sind auf Vorjahresniveau, wie es bei der digitalen Wirtschaft oder bei der Kreativwirtschaft der Fall ist. Das in solch einer Situation so zu machen, ist fahrlässig;

(Beifall von den GRÜNEN)

denn die Herausforderungen für unser Land, für unseren Standort gehen ja nicht dadurch weg, dass wir die Coronakrise bekämpfen, sondern die aktuelle Krise macht die strukturellen Probleme bei vielen Unternehmen noch stärker sichtbar. Daher muss man sie bei der Bewältigung dieser Probleme unterstützen.

Darüber hinaus gibt es viele weitere Fragen. So gibt es die Strukturfragen. Es gibt die Klimakrise. Es gibt jede Menge Baustellen, die liegen bleiben, sei es in der Industriepolitik, sei es der Umbau der ganzen Automotive-Branche oder seien es Fragen des Investitionsstaus. Dazu gehören auch zum Beispiel die Fragen – darüber diskutieren wir morgen früh wieder – betreffend die Stahlkrise. Alles das sind Themen, an die wir ranmüssen.

Es geht auch um die vielen kleinen Dienstleister, die in der jetzigen Krise nachhaltigen Schaden nehmen. Auch die brauchen konkrete und gezielte Unterstützung. Angesichts der Debatte zum Einzelhandel stellen wir einfach nur fest, wie sehr die Koalition von gestern ist. Die Zukunft des Einzelhandels liegt nicht darin, dass wir verkaufsoffene Sonntage haben, sie liegt auch nicht darin, dass wir Parkplätze vor der Tür haben,

(Ralph Bombis [FDP]: Ah!)

sondern sie liegt darin, dass wir sie bei der Digitalisierung ordentlich unterstützen,

(Henning Rehbaum [CDU]: 15 Millionen Euro kriegen die dafür!)

dass wir den Einzelhändlern den Weg ins digitale Zeitalter ebnen, und da kommt zu wenig von Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Im Übrigen fehlt es in diesem Haushalt insgesamt an Inspiration und an Investitionen. Wir brauchen einen grünen Zukunftspakt für NRW. Wir brauchen nachhaltige Investitionen, weil nur dann die Konjunkturimpulse kommen, die wir brauchen, ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Matthi Bolte-Richter* (GRÜNE): ... um die Konjunktur auf Kurs zu bringen und gleichzeitig die Klimakrise bekämpfen zu können. Das sind Ihre Hausaufgaben als Regierung. Die haben Sie mit diesem Haushalt nicht ausreichend gemacht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bolte-Richter. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Bombis.

Ralph Bombis (FDP): Guten Tag, Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren! Mit Regierungsantritt haben wir als NRW-Koalition damit begonnen, Nordrhein-Westfalen wieder von den Fesseln zu befreien, die unserem Land in vielen Jahren zuvor angelegt worden sind. Wir haben mit fünf Entfesselungspaketen für die Wirtschaft neue Wachstumsimpulse gesetzt. Wir haben den Abbau überflüssiger Vorschriften und die Vereinfachung von Verfahren vorangetrieben. Wirtschaftliche Potenziale konnten freigesetzt werden. Insgesamt 40 Gesetze, Erlasse und Verordnungen sind weggefallen. Das ist gelebte Entbürokratisierung, meine Damen und Herren!

(Beifall von der FDP und Henning Rehbaum [CDU])

Ich will dem Minister und dem gesamten Ministerium für die Arbeit, die vor der Pandemie geleistet worden ist, ebenso ganz herzlich danken wie für das, was im Zusammenhang mit der Erarbeitung dieses Haushalts geleistet worden ist. Danken möchte ich aber auch für das, was in Zeiten der Pandemie hier jeden Tag geleistet wird.

Lieber Matthi Bolte-Richter, sorry, aber das, was du gerade in deiner Rede vorgetragen hast, zeigt wirklich, dass du von der Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen sehr weit weg bist.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Dieser Minister hat gemeinsam mit der NRW-Koalition von Anfang an die Problemfelder erkannt. Er hat sie definiert. Er ist sie angegangen. Dieser Minister ist in der Wirtschaft, bei den Unternehmerinnen und Unternehmern und auch bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in diesem Land anerkannt. Ich rede mit sehr vielen Unternehmerinnen und Unternehmern und mit anderen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Floskelrede!)

Ich habe nie so einen Zuspruch für einen Minister erlebt. Er ist umsetzungsstark, und er ist transparent. Wenn er sagt, dass er sich vom Bund Dinge früher wünscht, um sie hier umsetzen zu können, dann ist das dieser Transparenz geschuldet. Ihm Dinge

vorzuwerfen, die die Bundesebene nicht rechtzeitig umsetzt, ist wirklich völlig am Thema vorbei.

(Beifall von der FDP und Henning Rehbaum [CDU])

Unsere Befreiungspolitik, unsere Entfesselungspolitik für die Wirtschaft in NRW ist kein Selbstzweck, sondern wir haben sie gemacht, um die Wirtschaft für die Zukunft stark aufzustellen. Das ist entscheidend. Wir wollen Impulse setzen. Dieser Haushalt ist ein Zukunftshaushalt, der Impulse setzen wird für die Zukunft unseres Landes, sei es beim Strukturwandel im Rheinischen Revier, sei es durch die Mittel für die Förderung des Handwerks, sei es durch die zusätzlichen Mittel für die Meistergründungsprämie, sei es bei der Clearingstelle Mittelstand und den langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten des Mittelstands und der Wirtschaft insgesamt in Nordrhein-Westfalen, sei es bei der Förderung des Handels, bei dem es auch auf Digitalisierung, aber eben nicht nur auf Digitalisierung ankommt, damit wir den stationären Handel in den Innenstädten weiterhin erhalten.

Das ist wichtig und entscheidend für die Zukunft unserer Innenstädte in diesem Land.

Wir fördern die Außenwirtschaft, bringen sie weiter voran und stellen sie neu auf, um auch für die Zeit nach der Pandemie im internationalen Geschäft reaktionsfähig zu sein. Insgesamt zählen wir zu den Feldern, in denen wir vorangehen und an denen wir arbeiten: Digitalisierung der Verwaltung und Wirtschaft, Anschlag der E-Mobilität, Innovationsgründerförderung, weitere Entfesselungsmaßnahmen und vieles mehr. Der Entwurf des Einzelplans sieht 2,0 Milliarden Euro vor; im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Zuwachs um 29 %.

Für wirtschaftspolitische Aufgaben sind im Haushalt 620 Millionen Euro vorgesehen, ein Zuwachs von 12 % gegenüber dem Vorjahr. Das sind die richtigen Zahlen. Das sind gute Zahlen, um in der Pandemie, aber vor allen Dingen auch nach der Pandemie die Weichen für ein erfolgreiches Land zu stellen. Wir haben Nordrhein-Westfalen von dem Abstiegsplatz geholt, auf dem es stand, als Sie regiert haben.

(Beifall von der FDP und der CDU – Matthi Bolte-Richter [GRÜNE]: Oho!)

Jetzt wollen wir Nordrhein-Westfalen wieder an die Spitze unserer Republik bringen, trotz Corona. Und dieser Haushalt ist die Grundlage dafür. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bombis. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Loose.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits lange vor Ihren staatlichen Coronamaßnahmen, die unsere Wirtschaft abgewürgt haben, deuteten die Wirtschaftsdaten Probleme in NRW an. All das können Sie dem Konjunkturbericht des Wirtschaftsministeriums aus dem Juni dieses Jahres entnehmen.

Seit Mitte 2017, also seit Ihrem Regierungsantritt, Herr Pinkwart, sind die wesentlichen Indikatoren abwärts gerichtet: Industrieproduktion, Auftragseingänge, Produktion von Vorleistungsgütern und auch die Produktion von Investitionsgütern. Seit 2017 sind alle diese Kennzahlen – nicht nur eine einzige davon, sondern alle – im Sinkflug. Vielleicht sollten Sie sich Ihre eigenen Berichte, Herr Pinkwart, einmal anschauen. Das steht in Ihrem Konjunkturbericht aus Juni. Wir können danach gerne mal drüber schauen.

Stattdessen versuchen Sie, uns hier einen Bären aufzubinden. Corona sei an allem schuld, sagen Sie. Wir erinnern uns: Im letzten Jahr waren es der Brexit und Trump. Wir sind gespannt, wer denn im nächsten Jahr schuld sein wird, ob es die Chinesen oder die Inder sein werden.

Die Probleme in NRW sind jedoch hausgemacht. Der letzte Strukturwandel ist gescheitert. Die Menschen im Ruhrgebiet werden von Ihnen im Stich gelassen. Mehr als 10 % Arbeitslosigkeit in Duisburg, Dortmund, Essen, Gelsenkirchen – und zwar vor Ihren Coronamaßnahmen.

Mit den staatlich erzwungenen Coronamaßnahmen im Frühjahr kam es aber noch viel heftiger. Beispiel Duisburg: Zusätzlich zu den schon mehr als 30.000 Arbeitslosen kamen in Duisburg noch einmal 50.000 Menschen in Kurzarbeit hinzu. Mehr als 80.000 Menschen waren im Frühjahr entweder arbeitslos oder in Kurzarbeit in Duisburg. Das war jeder dritte Haushalt in Duisburg. Was, glauben Sie, geht da in den Köpfen dieser Menschen vor? Wir reden täglich mit Menschen aus diesen Regionen. Ich sage Ihnen: In anderen Städten, Hagen, Gelsenkirchen, sieht es nicht besser aus.

Nun kommt der nächste Schlag ins Gesicht der Industriearbeiter. Der Staat zwingt die Unternehmen, Kohlekraftwerke zuzumachen. Der Staat zwingt die Stahlunternehmen, auf teuren Wasserstoff zu setzen. Sie, Herr Pinkwart, vernichten damit unsere Säulen der Industrie in NRW. Und das bleibt nicht ohne Folgen. Da nützt es auch nicht, ein bisschen Geld für den Tourismus in NRW, ein paar Hunderttausend Euro hinterherzuschieben. Denn die Arbeiter in NRW können gar keinen Urlaub mehr machen. Sie haben kein Geld, nicht einmal für einen Urlaub in NRW.

Auch Ihre neuen Arbeitskreise werden nicht weiterhelfen. Schnellstmöglich werden alle möglichen Agenturen, Cluster und Netzwerke gegründet, um Aktionismus zu zeigen, das Cluster „Metropole Ruhr“

zum Beispiel. Neuerdings zählt dazu auch schon die Umerziehung der Unternehmen zur sozialen Verantwortung – also „Haltung zeigen“ auch jetzt in NRW. Das Ganze wird abgekürzt mit CSR-Strategie, also Corporate Social Responsibility. Sie nutzen schöne neue Blumenwörter, damit der Bürger ja nicht versteht, worum es eigentlich geht. So ähnlich wie beim Programm [progres.nrw](https://www.progres.nrw) oder [IN4climate.NRW](https://www.IN4climate.nrw).

Dabei sind die Programme recht schnell erklärt: Es geht um die Beschäftigungstherapie für alte Parteigenossen von FDP und CDU wie beispielsweise bei der Zukunftsagentur NRW oder beim Cluster „Metropolregion Rheinland“. Neue Posten braucht die Partei. Und damit die nicht nur rumsitzen, gibt es noch ein bisschen Spielgeld, ein paar Hunderttausend Euro jedes Jahr dazu, was man dann verschwenden kann. Also: mehr Zaster für die Cluster! Das ist Ihre Politik Herr Pinkwart – Geld, das dann woanders fehlt.

Deshalb haben wir in unseren zahlreichen in den Ausschüssen eingebrachten Anträgen Ihre Luftnummern zusammengestrichen. Das hätte bereits Millionen sparen können, Geld, was Sie für die Sanierung zum Beispiel der maroden Infrastruktur oder für die Digitalisierung hätten nutzen können. Denn neue Firmen werden Sie nur mit einer guten Infrastruktur nach NRW locken können, aber bestimmt nicht mit dem nächsten Netzwerktreffen, auf dem wieder die gleichen Leute zusammenkommen wie bei den letzten Verbandstreffen.

Die höchsten Strompreise in Europa, hohe Steuern, Verbote und Gängelung durch die EU – all das lässt unsere Industrie abwandern. Und Ihre Lösung, Herr Pinkwart? Das sind die Lösungen der DDR: Zwang gegenüber Unternehmen – Wasserstoff muss es sein oder auch das Auskippen von Subventionen. Und wenn das nicht mehr hilft: Protektionismus gegenüber dem Wettbewerber beispielsweise China. Lesen Sie mal Ihre Wasserstoffstudie dazu.

Ihre Methoden der Vergangenheit werden jedoch nicht besser, indem Sie dort noch mehr Geld versenken. Ihr Haushalt erhält von uns das Prädikat: Geldverschwendung erster Klasse.

(Lachen von Frank Sundermann [SPD])

Wir werden dem nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Loose. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Prof. Dr. Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe in der Debatte gelernt, dass man auf Sachverhalte unterschiedlich schauen kann. Ich schaue auf

Nordrhein-Westfalen, so wie es auch die Vorredner von CDU und FDP deutlich gemacht haben: ein Land voller Chancen mit riesigen Potenzialen, ein Land mit ganz tollen Menschen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Unternehmerinnen und Unternehmern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und Menschen, die hier in diesem Land für das Land und für sich und ihre Familien eine gute Zukunft bauen. Für die müssen wir die Rahmenbedingungen schaffen. Für die müssen wir die Infrastruktur schaffen.

(Beifall von Ralph Bombis [FDP])

Für die müssen wir die Offenheit in dieser Gesellschaft bewahren, damit sie sich auch entsprechend entfalten können. Das ist gute Wirtschaftspolitik.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Genau damit sind wir gestartet und nicht damit, lieber Herr Bolte-Richter, womit Sie aufgehört haben. Die F&E-Quote, die wir in den wenigen Jahren, die wir damals hatten, mühevoll auf über 2 % angehoben haben, haben Sie nahezu planvoll wieder rückabgewickelt von 2,1 % auf 1,9 %, während sie sich in Deutschland im Durchschnitt zwischen 2010 und 2017 von 2,8 % auf 3 % weiterentwickelt hat – unter anderem, indem Sie den Hochschulen nicht erlauben wollten, mit Firmen zusammenzuarbeiten, denn das könnte ja etwas ganz Schreckliches sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie wollen wir denn die Zukunft in diesem Land gewinnen, wenn wir nicht die Wissenschaft, die Forschung, die Technologie unmittelbar parallel auch mit den Unternehmen zusammenarbeiten lassen, wissend, dass sich die Innovationszyklen immer mehr verkürzen und wir parallel arbeiten müssen?

Dafür müssen wir die Voraussetzungen schaffen. Wir müssen auch ethisch-rechtlich dafür sorgen, dass das vernünftig funktionieren kann. Wir müssen das Geld und die Freiheit geben, damit diese Kooperation gelingt. Denn nur über Innovationen werden wir die Zukunftsherausforderungen unseres Landes bestehen können.

Das ist der Unterschied zwischen Ihrer rot-grünen Politik und unserer schwarz-gelben Politik: Wir setzen Freiheit in den Mittelpunkt, wir setzen Verantwortung in den Mittelpunkt. Und wir statten die Verantwortungsträger so aus, dass sie in eigener Verantwortung auch ihre Aufgaben vernünftig erfüllen können.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dafür haben wir in den letzten Jahren – dafür bin ich sehr dankbar – den Haushalt kräftig so verstärken können, dass wir genau die Aufgaben des Staates erfüllen können, die notwendig sind, insbesondere beim Infrastrukturausbau. Wir werden auf die Digi-

talisierung noch unter einem anderen Tagesordnungspunkt zu sprechen kommen.

Wir haben jetzt für den 2021er-Etat eine Anhebung auf über 2 Milliarden Euro – 29 % – für die wichtigen Themenfelder, die wir hier verhandeln dürfen. Das ist genau das richtige Signal, um auf all diesen Themenfeldern die Zukunftsherausforderungen angehen zu können: Klimaschutz, Digitalisierung und die Transformation unseres Industrie- und Energiestandortes.

Auch da sind wir anders herangegangen als die Vorgängerregierung, wo sich mein geschätzter Amtsvorgänger in einem Dauerkonflikt mit dem Umweltminister befand. Wir haben gesagt: Das lösen wir auf. Wir denken Umwelt und Wirtschaft zusammen, und zwar mit den Akteuren in Wirtschaft und Wissenschaft.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Deswegen haben wir das industriepolitische Leitbild gemeinsam erarbeitet und im Landeskabinett verabschiedet.

Wir haben damit eine Agenda, und zwar nicht, Herr Loose, weil wir der Industrie oder den Arbeitnehmern etwas vorgeben, sondern weil die längst erkannt haben,

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

dass es mit Blick auf den Klimaschutz eines Umbaus der Industrie bedarf. Wir haben die Voraussetzungen geschaffen, konzeptionell mit IN4climate und mit anderen Maßnahmen. Denn die wollen den Anschluss nicht nur halten,

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

sondern sie wollen wo immer möglich vorangehen, um auch die komparativen Wettbewerbsvorteile nutzen zu können.

Das macht den Unterschied zu Rot-Grün aus und erst recht den Unterschied zu dem, was von Ihnen kommt.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Sie wollen in die Vergangenheit zurück und damit die Menschen in die Irre leiten. Wir wollen eine gute Zukunft für die Menschen und die Unternehmen. Das ist der fundamentale Unterschied.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Christian Loose [AfD])

Dafür müssen wir die Voraussetzungen schaffen. Wir müssen auch die notwendigen Mittel bereitstellen und sie auch möglichst gezielt einsetzen. Das mussten und müssen wir auch in der Krise tun. Das ist auch angesprochen worden. Deswegen haben wir uns auch hier sehr engagiert eingesetzt.

Ich kann die Fehler, Herr Bolte-Richter, nicht erkennen. Ihre seinerzeitige Fraktionssprecherin Frau Dücker hat mich hier am Rednerpult aufgefordert, die

Soforthilfe müsste ganz schnell umgesetzt werden. Wir waren das erste und einzige Bundesland, das die Soforthilfe innerhalb von zehn Tagen an 80 % der Antragsteller – über 300.000 –

(Zuruf von Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

in voller Höhe ausgezahlt hat. Fragen Sie mal in dem von Ihnen regierten Bundesland Baden-Württemberg nach,

(Zurufe von Matthi Bolte-Richter [GRÜNE] und Monika Düker [GRÜNE])

wie lange das in Baden-Württemberg gedauert hat.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir waren die, die hier schnell geholfen haben, unbürokratisch und im Übrigen digital. Das haben wir seitdem immer durchgehalten.

Was die Solo-Selbstständigen angeht,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

brauchen wir von Ihnen keine Belehrungen. Denn wir sind eines der wenigen Bundesländer, die dort überhaupt etwas tun.

(Ralph Bombis [FDP]: So ist das!)

Sie beschwerten sich jetzt, dass die eine oder andere Sache verbessert werden müsste. Wir sind mit anderen Bundesländern und mit dem Bund im ständigen Austausch bei den Überbrückungshilfen und jetzt auch bei der Novemberhilfe, damit wir das so schnell und unbürokratisch wie möglich umsetzen können.

Das werden wir auch tun mit all den Ressourcen, mit all dem Können und Willen auch unserer Beschäftigten hier im Land, die Großartiges leisten.

Ich halte es auch insgesamt für eine unglaubliche Leistung dieses Staates, dass wir für November 15 Milliarden Euro und für Dezember 17 Milliarden Euro bereitstellen können. Das ist ein unglaublicher Beitrag, um den betroffenen Menschen für ihre Solidarleistung die notwendigen Entschädigungen zukommen zu lassen.

Wir werden alles tun, damit das Geld verantwortungsvoll ankommt, sinnvoll genutzt werden kann und die Betriebe erhalten bleiben. Denn wir wollen, dass wir aus dieser Krise wieder stark hervorgehen durch gute Rahmenbedingungen, durch kluge Zukunftsinvestitionen und durch Unternehmer und Mitarbeiter, die Freude daran haben, in diesem Land zu arbeiten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir am Ende der Aussprache zu Teil „a) Wirtschaft“ des Einzelplans 14.

Ich rufe auf:

b) Energie, Landesplanung

Auch hier eröffne ich die Aussprache. Hier hat ebenfalls Herr Kollege Sundermann für die SPD-Fraktion das Wort.

Frank Sundermann (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Bereich „Energiepolitik“ im Einzelplan 14 einige Ausführungen von uns, vielleicht auch etwas globalerer Art. Wir werden ja morgen in der Debatte zur Ausgestaltung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vielleicht auch noch etwas detaillierter auf die eine oder andere Fragestellung eingehen können.

Ich möchte auf eine Sache aufmerksam machen, die man, finde ich, in unserer Politik hier auf Landesebene und auch im Haushalt immer wieder findet. Wenn wir über Energiepolitik sprechen, dann reden wir sehr häufig lediglich über die Produktion von Strom. Die anderen Bereiche „Wärme“ und „Verkehr“, die sowohl beim Energieverbrauch als auch bei der Freisetzung von Kohlendioxid sehr, sehr wichtig sind, werden vernachlässigt.

Diese Vernachlässigung stellen wir auch mit Blick auf den Haushalt, den der Minister vorgelegt hat, ein Stück weit fest.

Ein Beispiel ist die Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr. Wir haben im Ausschuss darüber gesprochen. Aber der Eindruck, dass das eher stiefmütterlich behandelt wird, hat sich da nicht komplett zerschlagen.

Deswegen wiederhole ich unseren Appell, bei diesem wirklich wichtigen Infrastrukturprojekt in Nordrhein-Westfalen noch einmal mit den Unternehmen, mit den Abnehmern und auch mit den entsprechenden Kommunen zu sprechen. Es ist, glaube ich, sehr wichtig für die Zukunft unseres Landes, dass an dieser Stelle etwas passiert, dass da nicht nur das Geld angelegt wird und das über Jahre dort schlummert, sondern dass es auch ausgegeben wird, damit es auch seine Wirkungskraft entfalten kann.

Ein zweites Beispiel dafür, dass Wärme vielleicht nicht so im Fokus steht, ist aus unserer Sicht die doch etwas stiefmütterliche Behandlung der Solarthermie – bei all dem, was Sie an dieser Stelle so machen.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns nun die Energieherstellung anschauen, dann stellen wir auch fest, dass der Ausstieg sehr gut organisiert worden ist. Aber die Fragestellung rund um den Einstieg bedarf vielleicht ein wenig einer Nachfokussierung.

Bei der Braunkohle wissen wir genau, wie wir aussteigen. Der Ausstiegspfad ist definiert. Bei der Steinkohle ist der Ausstiegspfad ja jetzt auch angelegt.

Gestern gab es die Bewertung aus Brüssel, dass das, was wir nächsten Dienstag hier starten wollen in der Ausschreibungsphase, auch genehmigt ist.

Da muss man natürlich dann auch gemeinsam mal überprüfen: Hat das Kohleausstiegsgesetz denn auch so funktioniert, wie wir uns das vorstellen? Wie überzeichnet oder unterzeichnet ist dieses Gesetz? Uns interessiert natürlich auch: Funktioniert es dann am Ende des Tages auch mit den APG-Regelungen, die dort getroffen worden sind?

Bezüglich der aktuellen Situation bei den Einstiegspfaden würde ich gerne auf die beiden Lastesel der erneuerbaren Energien schauen, zum einen auf den Bereich „Wind“. Hier können wir ja leider feststellen, dass sich da in den letzten Jahren nichts getan hat, dass wir da auf einem Niveau sind, das wir aus den 90er-Jahren kannten. Wir haben im Prinzip von 2018 auf 2019 68 % weniger Anlagen und 64 % installierte Leistung. Da ist sicherlich deutliches Potenzial. Da muss mehr getan werden.

Da kann man aus unserer Sicht nicht immer nur auf den Bund schauen, sondern man muss auch auf das Land schauen. Am Anfang dieser Legislatur war ja die Intendierung, hier die Windkraft im Prinzip runterzufahren, doch durchaus sehr stark zu spüren. Wenn Sie beabsichtigen, von dieser Intendierung jetzt abzurücken, dann müssten Sie das ein Stück weit stärker mit entsprechenden Handlungen hinterlegen.

Der zweite Bereich „Solarenergie“ kam auch in Ihrem Koalitionsvertrag im Prinzip noch gar nicht vor. Dass Sie ihn jetzt für sich entdeckt haben, mag auch daran gelegen haben, dass Sie in Ihren Schubladen die entsprechende Machbarkeitsstudie von Rot-Grün gefunden haben. Aber was soll ich das kritisieren. Ich kann ja an dieser Stelle nichts kritisieren, was ich an sich gut finde.

Wir können feststellen: Seit 2015 geht es wieder aufwärts mit der Solarenergie. Das Tal ist durchschritten. Aber wenn man sich anschaut, was wir hier erreichen wollen, brauchen wir einen Zubau von ungefähr 1.160 MW. Wir hatten gute 40 % davon im letzten Jahr. Das ist zu wenig. Da müssen wir besser werden. Da noch mal von dieser Stelle der deutliche Appell: Wir dürfen die Freiflächen nicht aus dem Blick verlieren, um unsere Ziele zu erreichen. Das ist auf jeden Fall sehr, sehr notwendig.

Eine dritte Sache, auf die ich eingehen möchte, ist: Was gibt uns klassische Orientierung in der Energiepolitik? Das ist ja das, was wir auch immer diskutieren und dann auch ein Stück weit mit uns tragen, nämlich das energiepolitische Dreieck. Da spricht man von „sauber“, „sicher“ und „bezahlbar“. Auch da können wir gemeinsam feststellen, dass der Fokus

sehr stark auf „sauber“ liegt. Auch was Ihren Haushalt angeht, ist immer die Ökologisierung, die Transformation der Energiewirtschaft im Fokus. Wenn man dann mal in Ihre Energieversorgungsstrategie schaut, ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Frank Sundermann (SPD): ... dann sieht man, dass da Sicherheit und Bezahlbarkeit im Fokus stehen. Aber 500 Tage, nachdem Sie die vorgelegt haben, müsste eigentlich in unserem Haushalt mehr passieren. Auch die Bereiche „Bezahlbarkeit“ und „Sicherheit“ finden wir in Ihrem Haushalt zu wenig berücksichtigt. Deswegen lehnen wir ihn ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Sundermann. – Für die CDU-Fraktion spricht noch einmal Herr Kollege Rehbaum.

Henning Rehbaum (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nordrhein-Westfalen soll und wird der Gewinner der Energiewende sein. Das zeigt nicht nur der Mitteleinsatz für Energie und Klimaschutz in diesem Haushalt, sondern auch der Einsatz der Landesregierung im Bundesrat für Wasserstoff, Photovoltaik und Windkraft sowie der Einsatz beim Bund für den Erhalt der Strukturstärkungsmittel Anfang des Jahres.

Es gibt allein 65 Millionen Euro Kofinanzierungs- und Fördermittel für die Unterstützung des Rheinischen Reviers, um Menschen nach jahrzehntelangem Einsatz für eine zuverlässige Stromversorgung von Familien, Unternehmen und Krankenhäusern nicht im Regen stehen zu lassen.

Beim Kohleausstieg geht Nordrhein-Westfalen voran. Bis 2030 werden zwei Drittel der stillzulegenden Braunkohlekapazitäten Deutschlands in NRW vom Netz genommen. Bis 2038, wenn möglich sogar bis 2035, wollen wir vollständig aus der Braunkohle aussteigen. Noch 2016, nach Vereinbarung der Pariser Klimaziele, hatte Rot-Grün den Braunkohleabbau bis 2045 beschlossen.

CDU und FDP übernehmen Verantwortung für das Klima und für die Zukunft unserer Kinder. Noch mal zum Mitschreiben: Schwarz-Gelb steigt sieben Jahre früher aus der Braunkohle aus, als es Rot-Grün noch 2016 beschlossen hatte.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist ein wahrer Kraftakt. Damit der Strukturwandel im Rheinischen Revier und an den Steinkohlekraftwerksstandorten in ganz NRW gelingt, hat die Lan-

desregierung dem Parlament ein neues Landesplanungsgesetz vorgelegt, das wir nun beraten.

Die Energiewende und der Klimaschutz sind zentrale Handlungsfelder dieser Landesregierung und der NRW-Koalition aus CDU und FDP, weil sie einfach wichtig sind. Die Landesregierung hat ihre Hausaufgaben gemacht. Mit einer Senkung der CO₂-Emissionen um 38 % im Vergleich zu 1990 haben wir bereits vor Ausbruch von COVID-19 das rot-grüne Einsparziel von 25 % deutlich getoppt.

Stolz können wir darauf sein, aber es ist kein Grund, sich zurückzulehnen. Die Wissenschaft mahnt die Staaten der Welt, den Ausstoß von CO₂ deutlich schneller zu reduzieren.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Welche Wissenschaft?)

Wir in Nordrhein-Westfalen nehmen das ernst, und wir verbinden Klimaschutz mit starker Wirtschaft und mit Arbeitsplätzen. Mit dem Industriepolitischen Leitbild, der Energieversorgungsstrategie und der Wasserstoff-Roadmap gehen wir bundesweit voran. Nordrhein-Westfalen soll sich bis 2030 zu einer der modernsten und klimafreundlichsten Industrieregionen Europas entwickeln.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Dafür sind erhebliche Investitionen in klimaschonende Technologien erneuerbare Energien, intelligente Netze und effiziente Speichertechnologien erforderlich. Dazu brauchen wir keine Symbolpolitik, vielmehr ist Realpolitik gefragt.

Der Haushalt 2021 spricht hier eine klare Sprache. Der Mitteleinsatz für Energie und Klimaschutz steigt durch weitere Mittel der Ergänzungsvorlage auf 171 Millionen Euro an. Das ist sechsmal mehr Geld für Klimaschutz als im rot-grünen Abschiedshaushalt 2017.

Aus dem Konjunkturpaket 1 kommen 127 Millionen Euro extra hinzu, die für Aufgaben des Klimaschutzes zur Verfügung stehen. In Summe stehen 220 Millionen Euro in diesem und 310 Millionen Euro im nächsten Jahr für Klimaschutzausgaben zur Verfügung. Wir kleckern nicht, wir klotzen beim Klimaschutz.

Ein paar Beispiele: Für die progres.nrw-Markteinführung zur Förderung von Energie- und Klimaschutztechnologie stehen bis zu 50 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist mehr als doppelt so viel, wie wir noch im vergangenen Jahr angesetzt haben und viermal so viel wie 2016. Seit 2017 – das sei gesagt – haben wir 12.500 Ladepunkte für die Elektromobilität gefördert.

Für den kommunalen Klimaschutz haben wir das Volumen des Projektauftrags noch einmal um rund 80 Millionen Euro Fördermittel aufgestockt. Für

Photovoltaik auf Landesgebäuden stehen im nächsten Jahr 30 Millionen Euro zur Verfügung.

Energieforschungsoffensive und Reallabore – dort steigt der Ansatz von 11 Millionen auf 14 Millionen Euro. Ein wichtiger Baustein für die Klimaziele von Paris ist auch der Einsatz des Wasserstoffs. Die NRW-Landesregierung gibt Gas beim Wasserstoff. Ob Stahl, Chemie oder Mobilität – der unternehmer-nrw-Präsident Arndt Kirchhoff spricht davon, dass kein anderes Land eine so breite strategische Ausrichtung beim Wasserstoff verfolge wie Nordrhein-Westfalen.

Die Strategie steht auf wissenschaftlicher Basis. Die Wasserstoffpotenzialstudie für Nordrhein-Westfalen zeigt, dass treibhausgasarmer Wasserstoff positive volkswirtschaftliche Effekte hat und zwischen 20.000 und 130.000 neue Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen entstehen können.

Ich komme zum Schluss: Klimaschutz macht man nicht am grünen Tisch im Retrowohnzimmer, sondern mit einem sauberen Kompass, konkreten Konzepten und einem starken Haushalt. Wir statten Minister Pinkwart samt seinem Team auch im kommenden Jahr mit einem großzügigen Haushalt von 2 Milliarden Euro aus. Die NRW-Koalition denkt Klimaschutz und Wirtschaft gemeinsam – für wettbewerbsfähige Unternehmen, ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Henning Rehbaum (CDU): ... attraktive Arbeitsplätze und Klimaschutz made in NRW. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Rehbaum. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Brems.

Wibke Brems (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte direkt an Sie anknüpfen, Herr Rehbaum. Klima und Wirtschaft zusammen zu denken, reicht allein nicht, man muss auch entsprechend tätig werden. Das passt bei Ihnen vorne und hinten nicht zusammen.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf)

– Sie kündigen sehr viel an. Sie und der Minister sprechen immer von vielen Klimaschutzwohltaten. Das entpuppt sich letztendlich aber doch als kreative Rechnungen, Mangel an Transparenz und wilde Behauptungen, die wir hier im Zuge der Haushaltsberatungen auch schon gehört haben.

Ich gehe auf die kreativen Rechnungen ein: Wir konnten in den vergangenen Jahren beobachten,

was auf einmal alles Klimaschutz sein soll. So wird Elektromobilität ausschließlich zum Klimaschutz gezählt; es ist keine Innovations- oder Wirtschaftsförderung mehr, sondern wird in diesem Bereich einfach obendrauf gepackt. So machen Sie dann die Rechnung auf, dass Sie viel mehr für Klimaschutz ausgeben als Rot-Grün es getan hat.

Der Strukturwandel im Rheinischen Revier: Auch hier gab es in den vergangenen Jahren Mittelzuwächse. Natürlich ist das etwas, das gemacht werden muss. Aber zu sagen, das sei reiner Klimaschutz,

(Henning Rehbaum [CDU]: Was denn sonst?)

obwohl längst nicht alle Strukturwandelprojekte direkten Klimaschutznutzen haben, passt vorne und hinten nicht zusammen. Damit könnte ich weiter- und weitermachen.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Henning Rehbaum [CDU]: Warum machen wir das denn sonst?)

Zum Punkt der mangelnden Transparenz in diesem Haushalt: Sie haben Ankündigungen gemacht, die absolut nicht nachvollziehbar sind. Mit Verweis auf das Sondervermögen bzw. das Nordrhein-Westfalen-Programm I werden weitere 72 Millionen Euro für *progres.nrw*, 50 Millionen Euro für Elektromobilität und 50 Millionen Euro für Klimaschutz im Gebäudebereich in Aussicht gestellt. Wenn das alles tatsächlich zusätzliche Mittel wären – es bleibt vollkommen unklar, ob und wo das so ist –, würde sich das Budget des Kapitels für Energiewende und Klimaschutz mehr als verdoppeln.

Was sehen wir stattdessen an dieser Stelle? – Dieses Kapitel wird um 20 Millionen Euro gekürzt. Der Minister versucht sich nicht nur als Entfesselungskünstler, vielmehr scheint er jetzt auch noch Zauberer werden zu wollen. Ich finde, das passt so einfach nicht zusammen.

Sie sehen, der Haushalt spricht eine gänzlich andere Sprache als Ihre Ankündigungen. Das macht die Debatte für uns auch so schwierig. Wir debattieren heute den Haushalt, daher muss ich das als gegeben annehmen, was im Haushalt steht, und nicht das, was Sie irgendwo in begleitenden Schriften ankündigen.

Auch mit den vorgesehenen Mitteln aus dem Sondervermögen, die dazu da sind, die Coronafolgen aufzufangen, liefert die Landesregierung keine Antwort auf die doppelte Krise. Die Landesregierung muss die öffentlichen Investitionen in Klimaschutz massiv erhöhen und damit nicht nur den Klimaschutz stärken, sondern auch die Wirtschaft in der Coronakrise stützen.

Diese Zukunftsinvestitionen sind klassische No-Regret-Maßnahmen. Sie müssen sowieso irgendwann

gemacht werden, es spricht also nichts dagegen, mit ihrem Vorziehen gleichzeitig die Konjunktur zu stützen.

Deswegen haben wir viele Anträge in diesem Bereich eingebracht, auf die ich in aller Kürze eingehen möchte. Beispielsweise sagen wir, dass wir aus dem Sondervermögen zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Coronakrise 350 Millionen Euro für zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen einsetzen müssen.

Das gilt erstens im Bereich der Landesliegenschaften, bei denen massiv energetisch saniert werden müsste und die klimafreundliche Energieversorgung aufgebaut werden sollte. Sie haben hier zwar eben wieder Ankündigungen gemacht, aber wir gehen davon aus, dass allein im nächsten Jahr zusätzliche Investitionen in Höhe von 100 Millionen Euro möglich wären.

Der zweite Aspekt ist, dass die Landesregierung die Kommunen mit einem Förderprogramm in Höhe von 200 Millionen Euro unterstützen muss, mit denen kommunale Klimaschutzinvestitionen im nächsten Jahr gefördert werden. Das wäre gleichzeitig ein wirksamer Beitrag zur Unterstützung der Konjunktur und der kommunalen Klimaschutzmaßnahmen.

Ich gehe noch kurz auf die letzten drei Aspekte ein: Auch das Klimaschutzmanagement in den Kommunen muss unterstützt werden. Die vorgesehenen Kürzungen von *progres.nrw* müssen zurückgenommen werden.

Zu guter Letzt komme ich noch auf die Energieagentur zu sprechen, bei der Sie mit der Ergänzungsvorlage eine Änderung vollziehen. Es droht aus unserer Sicht ein massiver Verlust von Know-how und Strukturen.

Ich bin mir nicht sicher, ob Sie diesen Verlust nicht sogar beabsichtigen, Herr Minister. Deswegen beantragen wir auch hier die Änderung und das Zurückdrehen dieser Geschichten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich fasse zusammen: Schwarz-Gelb wird seinen eigenen Ankündigungen nicht gerecht. Schwarz-Gelb nutzt das Sondervermögen zur Bewältigung der Coronakrise eben nicht zielgerichtet, um Wirtschaft und Energie zukunftsfähig und damit klimafest aufzustellen.

Mit unseren Anträgen hätten Sie die Chance gehabt, das Ganze zu korrigieren. Da Sie das nicht tun, lehnen wir Ihren Haushalt natürlich ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Freynick.

Jörn Freynick (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt für das kommende Jahr steht ganz im Zeichen der Bewältigung der Coronapandemie. Dementsprechend ist auch der Aufwuchs für den Einzelplan für die Bereiche Energie und Landesplanung zu betrachten. Insgesamt werden Mittel in Höhe von rund 2 Milliarden Euro vorgesehen, was eine Steigerung um 29 % zum Vorjahr bedeutet.

Die NRW-Koalition verfolgt hierbei eine intelligente Energie- und Klimaschutzpolitik, die den seit dem Jahr 2017 begonnenen Modernisierungsprozess mit den Schwerpunkten Innovation, Digitalisierung und Klimaschutz konsequent fortführt.

Im Mittelpunkt dieser Anstrengungen steht der Strukturwandel im Rheinischen Revier. Hierbei setzt uns die Leitentscheidung aus dem Herbst dieses Jahres einen genauen Fahrplan.

Das bisher vom Kohlebergbau dominierte Rheinische Revier wandeln wir nachhaltig zu einer modernen Mobilitäts- und Energieregion um. Für die kommenden Generationen gewinnen wir damit eine Zukunftsregion, die wir innovativ gestalten können.

Der Gewinnungsbetrieb in den Tagebauen Garzweiler II und Hambach wird deutlich früher als bisher vorgesehen enden, spätestens im Jahr 2038. Das ist ein enormer Beitrag Nordrhein-Westfalens zum Klimaschutz.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Im Bereich der Landesplanung führen wir unseren Kurs fort. NRW wird weiterhin zu einem Chancenland ausgebaut. Dazu gehört selbstverständlich die bedarfsgerechte Ausweisung von Wohngebieten und Wirtschaftsflächen wie

(Beifall von der FDP und von Henning Reibaum [CDU])

ebenso die Entwicklung und planerische Sicherung von wichtigen Standorten für neue Industrien. NRW muss ein attraktiver Standort für Unternehmen sein, um damit Wirtschaftskraft anzuziehen und unseren Wohlstand von morgen zu sichern.

Unbeirrt bleiben wir auch bei der Begleitung und Umsetzung der Vorgaben zur Windenergie. Wir wollen ein innovatives NRW nicht gegen die Bürgerinnen und Bürger gestalten, wie es die rot-grüne Landesregierung bis 2017 mit dem einseitigen Ausbau der Windenergie betrieben hat.

(Beifall von der FDP)

Viel eher ist es uns ein Herzensanliegen, alle Menschen in unserem Land in diesem generationenübergreifenden Prozess mitzunehmen.

Die Novelle des Landesplanungsgesetzes wird zusätzlichen Freiraum für die Entwicklung in unserem Land schaffen. Konkret bedeutet dies die Verkürzung von Fristen, vereinfachte Beteiligungsformen, Deregulierung und die Freisetzung von Digitalisierungspotenzial.

Des Weiteren wird die Erörterung der Anregungen mit den Verfahrensbeteiligten zukünftig auf die entscheidenden Planungsaufgaben konzentriert und kann bei Bedarf digital durchgeführt werden.

Das wahre Herzstück dieser Novelle ist die Experimentierklausel. Sie ermöglicht es den Regionen, einfachere und schnellere Verfahren auszuprobieren. Was sich bewährt, kann auf ganz Nordrhein-Westfalen übertragen werden.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Novelle wird den Strukturwandel im Rheinischen Revier und an den Standorten der Steinkohlekraftwerke beschleunigen. Weitere Anwendungsbereiche umfassen die Energiewende, die Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels und des Strukturwandels sowie die Anforderungen bezüglich der Digitalisierung.

All dies geht mit dem Ziel einher, den Wegfall von höheren Vorgaben und Standards als vom Bundesgesetzgeber vorgesehen zu verfolgen.

Lieber Herr Minister Professor Pinkwart, im Namen der NRW-Koalition möchte ich Ihnen als Wirtschaftsminister und Ihrem gesamten Haus für das konsequente und vehemente Vorantreiben der Entfesselung in unserem Land danken.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Für den Umbau hin zu einer klimaneutralen Industrie schafft die Landesregierung die notwendigen Unterstützungsmechanismen und Initiativen. Die von uns gestartete Landesinitiative IN4climate.NRW hat Anfang dieses Monats mit der Veröffentlichung ihrer Wasserstoff-Roadmap einen wichtigen Wegweiser hin zu einer klimafreundlichen Energiezukunft geschaffen.

Diese Beispiele zeigen: Mit dem Haushalt 2021 bleiben wir als NRW-Koalition auf dem eingeschlagenen Weg, Nordrhein-Westfalen zum modernsten und klimafreundlichsten Energiestandort Europas zu entwickeln. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Freynick. – Nun spricht Herr Loose für die AfD-Fraktion.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In jedes Dorf ein Windrad. Wollen Sie das? – 140.000 Windräder, Windindustrieanlagen in Deutschland. Wollen Sie das?

Wenn Sie den Wasserstoff – das ist ja Ihre neue Energieverschwendungsstrategie – vollständig in Deutschland produzieren wollten, müssten Sie in jedes Dorf eine solche Windindustrieanlage stellen; so sagt es das Forschungszentrum Jülich. Da helfen auch keine Hochglanzbroschüre und keine Werbeveranstaltung: In jedes Dorf ein Windrad, Herr Pinkwart.

Selbst Sie wollen das nicht. Deshalb ist Ihre Strategie jetzt, 85 % des Wasserstoffs aus dem Ausland zu importieren. Sollen sich doch die anderen Länder ihre Flächen mit Windindustrieanlagen und Photovoltaikanlagen zugunsten, so anscheinend Ihre Gedanken.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Energie importieren, Wasserstoff importieren? Führt das nicht zu einer Abhängigkeit vom Ausland? Wurde uns nicht damals bei der Energiewende immer gesagt, mit Wind und Solar wären wir vom Ausland unabhängig?

Woher käme dann der Wasserstoff? Gibt es dann kein böses Erdgas mehr aus Algerien oder Russland, dafür aber guten Wasserstoff aus Algerien und Russland? Erhalten wir den Wasserstoff zukünftig aus Ländern, die es vielleicht mit den Menschenrechten nicht so genau nehmen?

Das kennen wir ja schon vom Rohstoff Kobalt, der für Ihre E-Autos hauptsächlich aus dem Kongo kommt. Kinderarbeit im Kongo scheint für die Landesregierung kein Problem zu sein, denn Sie retten mit den E-Autos ja die Welt.

Die Kinder im Kongo würden sicherlich sagen: Geben Sie uns lieber jeden Tag einen Dollar zum Überleben, und bauen Sie uns eine Schule ins Dorf, anstatt uns weiter mit Ihren E-Autos auszunutzen.

Sie, Herr Pinkwart, lassen aber lieber diese Kinder arbeiten. Ausbeutung von Kindern, unterstützt von der Landesregierung für Ihre E-Autos.

(Ralph Bombis [FDP]: Ach du Schandel!)

Ihre Wasserstoffstrategie ist nun das neueste Märchen aus dem Tausendundeine-Nacht-Geschichtenmodell der Klimaminister der letzten Jahre hier.

Es fing mal mit Desertec und Druckluftspeichern an, Stichwort: ADELE. Alle diese Konzepte beginnen immer gleich mit wunderbaren Präsentationen, Hoch-

glanzbroschüren, einer Werbetrommel, und danach verschwinden sie ganz klammheimlich in der Schublade.

Die AfD hat aber immer wieder nachgefragt. Dann heißt es häufig: Eine Amortisation des Projekts stand nicht im Fokus wie zum Beispiel jetzt bei der Anfrage zu den Wasserstoffbussen in Wuppertal.

Das Märchen von den Pumpspeicherkraftwerken erzählen Sie uns jedes Jahr aufs Neue, Herr Minister. Sie werden nicht mal mehr rot dabei, egal wie inhaltsleer die Antworten vom Ministerium sind.

(Ralph Bombis [FDP]: Das ist ja peinlich!)

Wie jedes Jahr haben wir sie gefragt, Herr Bombis, wer denn nun die Pumpspeicherkraftwerke in NRW bauen wird.

(Henning Rehbaum [CDU]: Da klatscht nicht mal mehr die AfD!)

Sie erinnern sich: In NRW bräuchte man 1.154 Pumpspeicherkraftwerke, um eine Woche Dunkelflaute zu überstehen. Die Antwort des Ministeriums war: 27 könnten aus geografischen Gründen gebaut werden. Wie viele existieren in NRW? Drei.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Heul doch!)

Auf die diesjährige Frage der AfD antwortet die Landesregierung wie folgt: Derzeit werden keine Vorhaben gefördert, und es befinden sich keine in Planung. – Pumpspeicherkraftwerke scheinen unter den gegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schwer realisierbar.

Für Sie alle übersetzt heißt das: Kein Mensch will die Dinger hier in NRW bauen. Also könnte jetzt jeder klar denkende Kaufmann auf die Idee kommen: Dann sparen wir das Geld doch auch im Haushalt ein. – Das geht aber natürlich nicht, denn dann müsste Herr Pinkwart zugeben, dass seine tolle Energiewende ein massives Speicherproblem hat, das gar nicht lösbar ist.

Also kommt der Minister mit der nächsten Schnapsidee um die Ecke: Pumpspeicherkraftwerke im Restsee des Tagebaus. – Herr Minister, wie lange dauert es, bis der Restsee des Tagebaus mit Wasser aus dem Rhein gefüllt wird? – 50 Jahre.

Sie planen also ernsthaft für das nächste Jahr 2 Millionen Euro für die Planung eines Pumpspeicherkraftwerkes, das frühestens in 50 Jahren gebaut werden könnte.

Ich will hier nicht von Lüge sprechen, sondern sage es einmal so: Ihrem Haushalt mangelt es an der notwendigen Haushaltsehrlichkeit. Wir werden Ihrem Märchenhaushalt nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Loose. Ich will noch einmal daran erinnern, dass wir uns hier nicht gegenseitig Vorwürfe machen, die unter Umständen justiziabel wären. Dem Minister Kinderarbeit zuzuschreiben ...

(Christian Loose [AfD]: Das ist aber im Kongo so!)

– Das mag ja sein. Sie müssen mit mir nicht diskutieren, Herr Loose. Ich habe hier das Wort, und wenn ich Ihnen sage, dass Sie solche Äußerungen besser unterlassen und sich vielleicht auch mal überlegen, sich dafür zu entschuldigen, kämen Sie vielleicht auch der von Ihnen so viel beschworenen Wahrheit wieder etwas näher.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Das war nur eine Anmerkung; das rüge ich noch nicht einmal.

Herr Minister, Sie haben das Wort. Herr Professor Dr. Pinkwart, bitte schön.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir besprechen hier einen ganz zentralen Bereich für die Zukunft unseres Landes. Es geht um die Energieversorgung, und es geht um den Klimaschutz.

Beide sind für ein Energieland wie Nordrhein-Westfalen sehr eng miteinander verwobene existenzielle Fragen für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Ich glaube, sagen zu dürfen, dass wir gerade in den letzten drei Jahren ganz wesentliche Wegweisungen vorgenommen haben, um diese Themen für das Land so zu bearbeiten, dass wir erhebliche Fortschritte sowohl beim Klimaschutz als auch bei der nachhaltigen Gestaltung des Energiesektors erreichen können.

Das sind zusammengenommen Jahrhundertaufgaben, die wir hier in Jahrzehnten, wenn nicht gar wenigen Jahren lösen müssen. Das sind große Herausforderungen.

Ich bin auch den Rednern der Koalitionsfraktionen für die tolle Unterstützung und für den Haushalt, den wir hier vorliegen haben, dankbar, denn er gibt genau die Impulse, die wir brauchen.

Frau Brems, ich kann das ein bisschen verstehen: Sie haben sich damals vielleicht auch mehr Mittel für Klimaschutz gewünscht; das weiß ich nicht. Jedenfalls finden sich in diesem Haushalt siebenmal mehr Mittel, als noch 2017 in Ihrem Plan standen. Die sind auch notwendig und – wenn man sie gut einsetzt – auch sehr wirksam für die Zukunftsfähigkeit dieses Landes.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Da Sie uns abgesprochen haben, dass das stimme, will ich Ihnen hier mit Genehmigung des Präsidenten nur wenige Positionen aus dem Haushalt vortragen, die zusammengenommen 171 Millionen Euro im Jahre 2021 ausmachen:

Neben Förderungen wie zum Beispiel für das Wuppertal Institut – das werden Sie sicherlich dem Klimaschutz zuordnen wollen – oder für IN4climate.NRW sind Mittel für die Landstromanlagen, für die Energiesysteme der Zukunft und für zielgruppenorientierten Klimaschutz drin.

Für den Ausbau der Nah- und Fernwärme sind allein 30 Millionen Euro darin; Herr Sundermann hatte sich dafür interessiert. Es sind Mittel für die Energieforschung, für Reallabore usw. drin. Das macht zusammen 171 Millionen Euro.

Dann kommen noch 139 Millionen Euro im Rahmen des Konjunkturprogramms für emissionsarme Mobilität, für die Markteinführung von im Wärmebereich sparenden Anlagen und für Photovoltaik hinzu. Auch das, lieber Herr Sundermann, haben Sie angesprochen.

55 Millionen Euro stehen alleine aus dem Konjunkturprogramm zur Förderung der PV und noch einmal 50 Millionen Euro für Klimaschutzinitiativen in den Kommunen zur Verfügung.

So viel Geld für Energiewende und Klimaschutz hat es in Nordrhein-Westfalen noch nie gegeben – und das für sehr konkrete Projekte.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dass wir wirksam sind – auch mit dem Umbau des Energiesystems und der Klimaschutzbilanz –, wird Ihnen nicht gefallen; das weiß ich. Das muss hier aber auch erwähnt sein, weil wir ergebnisorientiert handeln wollen. Das messen wir unter anderem an der Erreichung von Klimaschutzzielen.

Es ist doch bemerkenswert, dass ein Bundesland wie Nordrhein-Westfalen, das sich im Jahr 2013 wie Baden-Württemberg ein Klimaschutzgesetz mit dem Minderungsziel minus 25 % bis 2020 vorgenommen hat, im Jahre 2019 eine CO₂-Minderung von 38,3 % und Baden-Württemberg bei gleicher Zielsetzung gerade einmal eine Minderung um 19 % erreicht hat.

Das heißt, Nordrhein-Westfalen ist bei der Senkung der CO₂-Emissionen doppelt so erfolgreich wie Baden-Württemberg,

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

das von Ihnen seit 2011 durch einen grünen Ministerpräsidenten regiert wird.

Es geht nicht nur darum, dass wir etwas ankündigen – Sie haben mich immer gerne Ankündigungsminister

genannt –, sondern es geht darum, dass wir etwas erreichen. Das können wir Ihnen hier sehr schön bei der Energiewende, beim Klimaschutz belegen. Wir lehnen uns aber nicht zurück, sondern das spornt uns eher an, die nächsten Etappen zu gehen.

Die müssen wir auch gehen, weil neben der Energiewende – das hat die Debatte auch gezeigt – gerade der Umbau unserer Industrie hin zu einer klimaneutralen Industrie Thema ist. Hier haben wir auch schon sehr viele Anstrengungen unternehmen können.

Wir freuen uns sehr darüber, dass die Industrie in Nordrhein-Westfalen wirklich ein starker Partner ist, dass sie uns mit Projekten nahezu überholt, würde ich fast sagen, dass sie mutig vorangeht.

Reden Sie mal mit den Mineralölkonzernen in Nordrhein-Westfalen, reden Sie mit der Zementindustrie, reden Sie mit der Glasindustrie: All diese Unternehmen wissen doch, wohin sich die Parameter in Europa und weltweit verschieben.

Wenn Amerika von Biden regiert wird und John Kerry der Klimabeauftragte wird, wird sich die Welt noch einmal, und zwar hochdynamisch verändern.

Auf der COP in Madrid hat Kerry voriges Jahr sein Programm „World War Zero“ vorgetragen. Wir sehen den gesamten amerikanischen Kapitalmarkt dahinter. Da werden Unsummen gegen den Klimawandel bereitgestellt werden.

Wir müssen hier in Nordrhein-Westfalen vorgehen. Wir müssen den Standort attraktiv machen. Wir müssen dafür sorgen, dass sich unsere Industrie auch transformieren kann und dass sich andere hier ansiedeln, weil sie wissen, dass wir ein zukunftsgerichtetes Land sind, in dem die Rahmenbedingungen dafür stimmen, dass eine klimatechnische Anlage, die man hier klimafreundlich bauen will, in überschaubarer Zeit genehmigt wird, gebaut werden kann und es nicht so läuft, wie es in der Vergangenheit war.

Hier ist noch viel zu tun; das sehen wir. Wir haben uns aber auch gute Voraussetzungen erarbeiten können. Der Haushalt hilft sehr, diese ehrgeizigen Ziele auch im nächsten Jahr und in den Folgejahren erreichen zu können. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Herr Präsident, würden Sie mir noch eine Bemerkung gestatten?

Vizepräsident Oliver Keymis: Die Landesregierung kann immer noch eine Bemerkung dranhängen; das wissen Sie.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Ich wollte nur

noch eine Bemerkung zu Herrn Loose machen, weil ich mir die auf seinen vorletzten Debattenbeitrag bezogenen Daten noch mal habe kommen lassen.

Sie haben hier gesagt, dass die Investitionen am Standort Nordrhein-Westfalen seit 2017 rückläufig seien. Das Gegenteil ist der Fall: Im Jahre 2018 hat die Industrie in Nordrhein-Westfalen mit 11,6 Milliarden Euro einen Spitzenwert investiert, der das letzte Mal 2008 erreicht worden ist. Das ist ein Rekordwert an Investitionen in den Industriestandort Nordrhein-Westfalen. Das ist genau das Gegenteil von dem, was Sie hier behauptet haben.

(Zuruf: Unfassbar!)

Also bitte keine Fake News!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Danke, Herr Präsident.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Jetzt hat sich für die AfD noch einmal der Kollege Loose zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Pinkwart, wir lassen Ihnen die Grafiken aus Ihrem eigenen Ministerium gerne zukommen.

Ein anderer Punkt: Wasserstoff, Kobalt. – Was hat das alles mit Kinderarbeit zu tun? – Kobalt wird im Kongo durch Kinderarbeit abgebaut.

Die SPD und die Grünen, Herr Präsident, stellen immer wieder Anträge für ein Lieferkettengesetz. Die Unternehmen sollen gezwungen werden, dass sie bitte schön in den Ländern, in denen etwas hergestellt wird, auf die Arbeitsbedingungen achten. Das wird immer gefordert.

Warum wird das denn nicht beim E-Auto, beim Kobaltabbau gefordert? Wer das nicht fordert, duldet die Kinderarbeit. Wer dann in Deutschland mit Fördermitteln den E-Auto-Absatz ankurbelt, kurbelt – mittelbar – auch die Kinderarbeit im Kongo an.

Das macht er nicht direkt. Da geht keiner hin und befiehlt im Kongo, noch mehr Kinderarbeit machen zu lassen. Das geschieht dort einfach. Solange man das Problem ignoriert, duldet man dort auch die Kinderarbeit. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Loose. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit rufen wir auf:

c) Innovation, Digitalisierung

Das Wort hat Frau Spanier-Oppermann für die SPD-Fraktion.

Ina Spanier-Oppermann (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Minister Pinkwart! Die Digitalisierung und alles, was dieser Begriff umfasst, ist wahrscheinlich einer der Bereiche, die in diesem Jahr den größten Zuwachs an Aufmerksamkeit bekommen haben.

Corona hat uns schmerzhaft gezeigt, dass Digitalisierung nicht mehr nur nice to have ist, sondern mehr denn je ein wesentliches Element für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Sie hat viele Facetten und entscheidet auch über soziale Gerechtigkeit, Bildungsgerechtigkeit und sogar Chancengleichheit.

Unsere Aufgabe ist es nun, detailliert darüber zu diskutieren und zu streiten, für Positionen zu werben und auch Begeisterung zu entfachen.

Es ist aber auch unsere Aufgabe, wo es notwendig ist, mit dafür zu sorgen, dass wir nicht noch einmal von unvorhergesehenen Ereignissen und Entwicklungen überrollt werden.

Betrachten wir zunächst die digitale Infrastruktur. Die Infrastruktur ist der entscheidende Baustein für unseren Weg in die Zukunft – nicht nur im wirtschaftlichen Bereich, sondern – das hat uns Corona sehr deutlich gemacht – auch im schulischen und gesamtgesellschaftlichen Bereich.

Ich habe bereits im Ausschuss betont, dass meine Fraktion und ich das Voranschreiten des Gigabitbaus anerkennen, aber natürlich auch weiterhin ein wachsames Auge auf den Fortschritt haben werden.

Dies gilt insbesondere für die Ziele im Bereich der Schulen und Gewerbegebiete, weil man hier einen sehr genauen Blick auf die Zahlen und Formulierungen des Ministeriums werfen sollte.

Während derzeit lediglich 17 % der Gewerbegebiete vollständig versorgt sind, sind immerhin rund die Hälfte der Schulen gigabitfähig angeschlossen. Zwischen einer gigabitfähigen Erschließung und einer tatsächlichen Nutzung von gigabitfähigem Internet liegt jedoch ein deutlicher Unterschied; da besteht sicherlich noch Luft nach oben.

Uns ist bewusst, dass dies auch mit lokalen Faktoren – wie wir es mehrfach diskutiert haben – zusammenhängt, aber genau hier sollte ein Digital- und Innovationsministerium strategisch ansetzen und dort, wo es noch hakt, unter die Arme greifen.

Ein Verweis auf die unterschiedlichen Ausgangslagen und Herausforderungen in den Kommunen und die Breitbandkoordinatoren ist sicherlich noch etwas zu kurz gesprochen.

Hier könnten wir sicherlich noch viel mehr erreichen, wenn neben einer schrittweisen Weiterentwicklung noch ressortübergreifend die Ressourcen verknüpft und zielgerichtet eingesetzt werden.

Damit würden sicherlich auch die bisher schleppend abgerufenen Mittel zügiger verarbeitet werden. Letztlich ist eben nicht nur die Bereitstellung von Mitteln entscheidend, sondern auch deren Abruf und damit verbunden deren Umsetzung.

Uns wurde in diesem Jahr deutlicher als je zuvor vor Augen geführt, wie sehr die verschiedenen Bereiche der Gesellschaft miteinander verknüpft sind und wie viel Potenzial die einzelnen Bereiche für Digitalisierung noch bieten. Um diese effektiv nutzen zu können, müssen wir aber auch dort ansetzen, wo wir am unmittelbarsten Einfluss nehmen können: im öffentlichen Sektor.

Sie haben mit der Novellierung des E-Government-Gesetzes Ihre Zielrichtung vorgelegt, die wir insbesondere begrüßen, weil uns Länder wie zum Beispiel Estland mit ihrem vielfältigen Angebot im Rahmen der e-Residency weiter davonrennen.

Den rechtlichen Rahmen dafür haben wir bereits in unserer Regierungszeit 2016 gelegt. Weitere Umsetzungsschritte im Sinne des angekündigten Serviceportals NRW sind ebenfalls zu begrüßen.

Entscheidend ist aber auch hierbei, dass wir diejenigen mitnehmen, die die Vorgaben in den Kommunen und den Ämtern umsetzen müssen; das wurde uns in der Anhörung zum E-Government-Gesetz noch einmal mit auf den Weg gegeben.

Ich wiederhole gerne noch einmal: Die Mittel in den Haushalt einzustellen und Ziele zu verkünden, sind noch lange keine Garantie für eine funktionierende Umsetzung.

Wir vermissen weiterhin ein klares Konzept zur Beteiligung der Beschäftigten, das letztlich einen wichtigen Baustein für ein zeitnahes Gelingen darstellt – Stichwort: digitaler Kulturwandel in der öffentlichen Verwaltung.

Zum Abschluss möchte ich noch einmal betonen: Wir sehen gerade bei der digitalen Ausstattung der Schulen, wo die Probleme liegen: Nicht das fehlende Geld oder der Wille der Kommunen sind das Problem, sondern oftmals die personellen Ressourcen. Support und auch viele Datenschutzfragen sind nicht geklärt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter warten auf klare Linien aus dem Land.

Immerhin haben Sie die Kommunen nun bei der Task Force zum 5G-Ausbau an Bord geholt. Dennoch würde ich mir das Digitalministerium noch mehr als Impulsgeber und Mitgestalter wünschen, denn dort sitzen die Spezialisten.

Mehr Tempo ist wünschenswert – da sind wir bei einander –, aber dies muss ein sattelfester Plan her-

geben, und alle Beteiligten müssen mitgenommen werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Spanier-Oppermann. – Jetzt spricht Herr Braun für die CDU-Fraktion.

Florian Braun (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Spanier-Oppermann! Zu Ihrem Fazit, dass das Digitalministerium ein noch größerer Impulsgeber sein soll: Ein größeres Lob kann man als Opposition kaum aussprechen, denn dem liegt zugrunde, dass der Digitalminister und das Ministerium Impulsgeber für die Digitalisierung in unserem Land sind.

Das ist jedenfalls eine sehr gute Ausgangslage für die Beratung des vorliegenden Einzelplans mit dem Abschnitt Digitalisierung. Ich kann mich dem nur anschließen:

Ich bin sehr zufrieden, wie wir die Digitalisierung hier in diesem Land – insbesondere in den letzten Jahren – vorangetrieben haben und wie wir das auch finanziell hinterlegen. Das zeigt sich auch in dem jetzt vorliegenden Einzelplan, den drei Leitlinien auszeichnen:

Die erste ist, einen klaren Akzent – mit großem Geld – auf die zwei landespolitischen Megathemen zu legen. Da ist zum einen der Infrastrukturausbau zu nennen, den gerade auch die Kollegin angesprochen hat.

Die signifikante Mittelbereitstellung zahlt sich eindrücklich aus. 2017 lagen wir bei den beantragten Förderprojekten bundesweit weit zurück. Mittlerweile sind wir auf Platz eins sowohl bei den beantragten Projekten als auch bei den beantragten Mitteln mit über 1 Milliarde Euro. Alleine für 2021 planen wir, weitere 305 Millionen € davon an die Kommunen auszus zahlen.

(Beifall von der CDU und von Rainer Matheisen [FDP])

Das heißt, es macht sich bemerkbar, denn wir schreiten beim Gigabitausbau voran. Auch hier sind gerade Zahlen genannt worden: 93 % der Haushalt in Nordrhein-Westfalen haben bereits 100 MBit pro Sekunde und mehr. 66 % der Haushalte können auf gigabitfähige Leitungen zurückgreifen wie auch 51 % der Schulen, und 45 % der Schulen sind bereits in Arbeit dank des bemerkenswerten eigenwirtschaftlichen Ausbaus zahlreicher TKU, aber eben auch aufgrund der erfolgten Förderung bei weißen Flecken. Die Dynamik ist am Markt deutlich erkennbar.

Das andere Megathema, in das wir deutlich investieren, ist die Digitalisierung der Verwaltung. Wir haben mit der Novellierung des E-Government-Gesetzes im

Juni und dem Onlinezugangsgesetz zentrale Weichenstellungen gesetzt. Die Mittel folgen nun auch den politischen Zielen: eine Verdreifachung der Mittel für das E-Government-Gesetz und das OZG mit 210 Millionen Euro für 2021.

Ich begrüße und unterstütze es ausdrücklich, dass die Landesregierung das Versprechen abgegeben hat, die Digitalisierung der Landesverwaltung um fünf Jahre auf 2025 vorzuziehen, damit deutlich zu beschleunigen und über alle Ressorts hinweg über die Jahre 1 Milliarde Euro zu investieren. Zudem bin ich davon überzeugt, dass es uns dadurch auch frühzeitiger gelingen wird, von der digitalen Dividende zu profitieren.

Die zweite Leitlinie, die sich im Einzelplan abzeichnet, sind unsere Investitionen in strategisch wichtige Zukunftsfelder. Dies ist zum einen der Mittelstand.

Wir wissen, dass Nordrhein-Westfalen von einem starken Mittelstand, von starken kleinen und mittelständischen Unternehmen lebt. Wir wollen sie bei der Transformation begleiten. Das tun wir durch das Projekt „Mittelstand Innovativ & Digital“ mit 18,4 Millionen Euro für die Digitalisierungsprojekte der Unternehmen und auch direkt für das Personal.

Wir unterstützen das Zukunftsfeld Gründertum, weil wir damit auch neue Unternehmen in Nordrhein-Westfalen unterstützen, zum Leben erwecken und Ideen fördern. Bereits 1.800 Stipendien sind vergeben. Das erfolgreichste Gründerförderprogramm der Republik wird dementsprechend in den nächsten drei Jahren fortgesetzt – allein 2021 mit 12 Millionen Euro, damit wir unser Versprechen, Gründerland Nummer eins in Deutschland zu sein, auch weiterhin wahr machen.

(Beifall von der CDU)

Ebenso investieren wir im Investitionsfeld KI in den 5G-Ausbau, um Innovationen aus Nordrhein-Westfalen heraus nach vorne zu bringen. Die Zahlen sind Ihnen bekannt: Bei 5G sind landesweit bereits 1.500 5G-Erweiterungen in Betrieb. Wir investieren auch in 5G-Pilotprojekte mit 21 Millionen Euro, neben dem, was Frau Kollegin Spanier-Oppermann auch an Zusammenarbeit mit den Kommunen bereits gelobt hat.

Die dritte Leitlinie, die wir hier erkennen, ist, dass ein sorgsames und ehrliches Haushalten stattfindet. Auch das war bereits Thema in der Ausschussdebatte. Haushaltspositionen sind dort reduziert bzw. ohne Aufwuchs, wo der Mittelabschluss kalkulierbar ist und wo der Abruf nicht im nächsten Haushaltsjahr 2021 zu erwarten, aber eben für 2022 bereits mit deutlichen Verpflichtungsermächtigungen hinterlegt ist.

Da geht also nichts verloren. Natürlich ist für mich wichtig, dass wir die Gelder, die hinterlegt sind, auch tatsächlich ausgeben, dass die Förderprogramme greifen. Dafür sind wir natürlich auch gefragt, und

dafür sind die Förderprogramme auch gedacht. Die wichtigste Botschaft ist: Es gibt keine Einschnitte bei der Digitalisierung trotz pandemischer Lage, sondern unterm Strich sogar eine Verdoppelung der Digitalisierungsmittel.

Die Beratungen im Ausschuss und auch die Rede sind ein Zeichen dafür, dass es einen breiten Konsens dafür gibt, dass die massiven Investitionen der NRW-Koalition in Digitalisierung und Innovationen notwendig und sinnvoll sind. Das zeigt sich auch in sehr vielen anderen Fachbereichen; auch dazu haben wir bereits Zahlreiches in den Reden gehört.

Kurzum: Wir haben eine flächendeckende, spürbare Digitalisierungsdynamik in Nordrhein-Westfalen. Wir machen Innovationen für die Menschen in unserem Land erlebbar und investieren wie keine Koalition zuvor. Deshalb: klare Zustimmung zum Einzelplan 14. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Braun. – Jetzt spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Bolte-Richter.

Matthi Bolte-Richter* (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich glaube, in diesem Jahr hat die Coronapandemie uns sehr deutlich aufgezeigt, wie groß die Chancen, aber auch wie groß die Herausforderungen bei der Digitalisierung für unsere Gesellschaft sind.

Wir haben einen gigantischen Sprung bei der Digitalisierung erlebt. Allein in diesem Haushalt zeichnet er sich nicht ab; in diesem Haushalt fehlt der große Wurf. Haushaltsdebatten sind immer auch Debatten über die langen Linien der Landespolitik. Wir sehen, dass der Ausbau der digitalen Infrastruktur nicht vorankommt; er läuft, aber er läuft im Schnecken tempo. Mitte 2020 konnten erst 52 % der NRW-Haushalte auf Gigabit-Bandbreiten zugreifen.

Wenn man diese Ausbaugeschwindigkeit zugrunde legt, dann werden Sie, Herr Minister, Ihr Ziel, 2025 100 % Versorgung zu haben, krachend verfehlen – selbst zu Ihren Gunsten mit einem linearen Ausbaupfad gerechnet, obwohl wir als Fachleute alle wissen, dass es den gar nicht gibt. Die wirklichen Probleme und Herausforderungen liegen am Ende des Ausbaupfades. Da lohnt es sich dann auch nicht, eine wunderbare, goldene Zukunft zu beschwören. Man muss das jetzt machen.

Ich kann Ihnen den Vorwurf nicht ersparen, dass Sie immer noch gut darin sind, schöne Statistiken zu kreieren, schöne Labels zu kreieren. Aber wenn man dahinterguckt, bleibt nicht mehr so viel von den Versprechungen übrig.

Die Gigabit-Ziele wurden stillschweigend relativiert. Ursprünglich gab es ein Flächenziel beim Ausbau. Jetzt gibt es ein Haushalteziel. Ländliche Gebiete würden darunter leiden. Es ist nach wie vor so, dass Sie gut darin sind, kreative Formulierungen zu finden: „glasfaserbasierte Netze“, „Gigabit first“ usw. – Nein, wir brauchen puren, reinen Glasfaserausbau. Dahin müssen wir kommen: echte Glasfaser.

(Florian Braun [CDU]: Wir fördern nichts anderes! Nichts anderes wird gefördert!)

Wir brauchen im Übrigen nicht nur Fördergelder, weil jenseits der aner kennenswerten Bemühungen beim eigenwirtschaftlichen Ausbau brauchen wir auch gute Bedingungen. Wir brauchen Bürokratieabbau in diesem Bereich. Es ist nach wie vor zu kompliziert, auszubauen. Wir brauchen eine Beschleunigung der Planungs- und Bauprozesse. Da ist nach wie vor reichlich Luft.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Braun?

Matthi Bolte-Richter* (GRÜNE): Gerne, wenn meine Zeit angehalten wird.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist nett. Die Zeit halten wir an. – Bitte schön, Herr Braun.

Florian Braun (CDU): Vielen Dank, Herr Kollege, dass Sie die Zwischenfrage zulassen und dadurch vielleicht sogar ein paar Sekunden Redezeit gewinnen können. – Können Sie mir benennen, in welchem Förderprogramm der Landesregierung oder auch der Bundesregierung keine Glasfasernetze beim Breitbandausbau gefördert werden? – Vielen Dank.

Matthi Bolte-Richter* (GRÜNE): Ich komme gleich zu dem tatsächlichen Problempunkt, nämlich dass es nicht allein eine Frage der Förderprogramme ist. Im Übrigen hatten wir es auch in der Ausschussdebatte, wo seitens der regierungstragenden Fraktionen – bin mir nicht mehr sicher, ob von der CDU oder von der FDP – gelobt wurde, wie toll das jetzt alles mit den Kabelverbindungen ist. Es geht auch darum, dass die Kabelversorgung locker, flockig eingerechnet wird

(Florian Braun [CDU]: Das ist keine Förderung! Da müssen wir klar bleiben!)

als eine Infrastruktur, die durchaus eine Übergangsleistung erbringen kann. Das mag alles sein, aber wenn wir darüber sprechen, was eine zukunftsfähige Infrastruktur ist, was eine Infrastruktur ist, die im Upstream und im Downstream funktioniert, was eine Infrastruktur ist, die da funktioniert, wo ich große Daten-

mengen transportieren muss, die im Übrigen auch energieeffizient ist, dann muss ich natürlich über Glasfaser sprechen.

(Florian Braun [CDU]: Nichts anderes tun wir!)

Mir geht es auch ganz stark darum zu sagen: Gigabit heißt nicht Glasfaser. – Das läuft bei euch aber immer synonym. Das ist das Problem, und da muss man einfach sagen, dass da ein schönes Label draufsteht. Aber das, was die Leute kriegen, ist nicht das, was ihnen versprochen wird.

Diese Form des Etikettenschwindels kann man durch alle Bereiche durchdeklinieren, auch bei den Gewerbegebieten. Die sollen auch bis 2022 vollständig mit Glasfaser versorgt sein. Bisher sind es 17 %; das ist zu wenig.

Wir haben vor wenigen Wochen eine Umfrage unter Familienunternehmern bekommen. 55 % der Mittelständler sind nicht an schnelles Internet angebunden. Da haben wir tatsächlich eine Wachstumsbremse, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wenn wir beim Etikettenschwindel sind, der ursächlich für die Zwischenfrage war, dann können wir uns auch noch einmal die Schulen angucken. Das finde ich besonders schön: Bei den Schulen rühmen Sie sich, Herr Minister, mit 96 % Glasfaser-Versorgung. Diese 96 % Glasfaser-Versorgung sind entweder versorgt oder geplant. Auf einer geplanten Leitung kann man ziemlich schlecht surfen.

(Beifall von den GRÜNEN und Inge Blask [SPD])

Obendrauf sind in diesen 96 % nicht nur die geplanten Leitungen drin, sondern auch „Homes last“. Das heißt, wenn die Glasfaser in der Straße vor dem Schulgebäude liegt, dann gilt das in der schwarz-gelben Welt schon als versorgt.

(Zuruf von Inge Blask [SPD])

Ich habe eine Idee, was Karl-Josef Laumann dazu sagen würde, wenn man ihm so eine Statistik unter die Nase hält.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Mobilfunkbereich sieht es ganz ähnlich aus. In Nordrhein-Westfalen gibt es 14.000 Funklöcher. Auch da brauchen wir keine PR-Zahlen, auch da brauchen wir reale, koordinierte und kooperative Ausbaubemühungen. Wir brauchen auch den Ausbau durch die Netzbetreiber und eine zukunftsfähige Infrastruktur. Wir haben hier das gleiche Problem, das wir beim Ausbau der digitalen Infrastruktur haben: große Ankündigungen, aber was kommt dann?

Genauso haben wir das – Kollegin Spanier-Oppermann hat es eben schon ausgeführt – im Bereich der digitalen Verwaltung. Es ist gut, dass mit dem E-Government-Gesetz weitere Landesbehörden aufgenommen wurden, zum Beispiel die Hochschulen.

Ich darf ergänzen, dass die Hochschulen nicht aufgenommen werden wollten, als wir 2016 das E-Government-Gesetz gemacht haben. Es ist gut, dass es das jetzt gibt, aber dann muss man ihnen auch das Geld dafür geben. Wenn man die Hochschulen mit in den Geltungsbereich des E-Government-Gesetzes reinnimmt und die Hochschulen hier in der Sachverständigenanhörung sagen, das dafür zur Verfügung gestellte Geld reiche nicht aus, dann kann dieser Prozess nicht funktionieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben es im ersten Block bereits angesprochen: Wir haben einen Digital- und Wirtschaftsminister, bei dem die Ausgaben für die digitale Wirtschaft in diesem Jahr nicht steigen. Das ist ein Problem, wenn wir aus einer tiefgreifenden, historischen Wirtschaftskrise herauskommen wollen, weil der Schlüssel für eine zukunftsfähige Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen natürlich in der Digitalisierung liegt. Das müssen Sie angehen, wenn Sie diesen Zukunftsmarkt nicht von irgendjemand anders bedienen lassen wollen.

Im Übrigen ist das – man kann das noch weiter deklinieren – bei der Künstlichen Intelligenz genauso. Gefühlt fällt das in jedem zweiten Satz und sowieso in jeder Sonntagsrede, und man muss einfach einmal gucken, was davon im Handeln der Landesregierung ankommt.

Es passiert etwas, wobei durchaus in ganz vielen Bereichen etwas passiert. Wenn man das jedoch neben die Herausforderungen legt, neben das, was eigentlich passieren müsste, dann ist das eindeutig zu wenig. Im tatsächlichen Handeln ist das unterrepräsentiert.

Die von Ihnen beauftragten Sachverständigen stellten Lösungen für eine KI nach europäischem Alleinstellungsmerkmal auf. Es ist sehr gut, dass es dazu konkrete Ideen und Studien gibt. Diese müssen aber umgesetzt werden. Dafür bedarf es wiederum eines entsprechenden Einsatzes von Ressourcen, um die entsprechenden Finanzmittel bereitgestellt zu bekommen und so bei diesem Thema von Nordrhein-Westfalen aus voranschreiten zu können.

Ansonsten hätten wir einen Ankündigungsminister. Wir wollen jedoch gerne einen Wirtschafts- und Digitalminister, der das Thema voranbringt. Ich würde mir wünschen, dass Sie das auch tun, Herr Pinkwart. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Bolte-Richter. – Jetzt spricht für die FDP-Fraktion Herr Kollege Matheisen.

Rainer Matheisen (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der sehr sachlichen

Rede der Kollegin Spanier-Oppermann und da ich den Kollegen Bolte-Richter schätze – er hat Sachkenntnis und gräbt sich tief in Themen ein – hatte ich eigentlich gedacht, dass wir mit dieser sachlichen Debatte fortfahren können. Stattdessen erleben wir ein wildes Herumstochern in den Zahlen, die Sie sich offenbar nicht richtig angesehen haben.

Wir erleben, dass Sie die Realität in diesem Land überhaupt nicht wahrnehmen. Um bei Ihrem Ausflug ins Tierreich zu bleiben – Sie sprachen gerade von einem Schnecken tempo –: Ich möchte einmal die Schnecke erleben, die seit 2018, also in den vergangenen zwei Jahren, die Anzahl der Haushalte, die einen Zugriff auf Gigabit-Anschlüsse haben, verfünffacht. Ich möchte auch einmal die Schnecke erleben, die die Anzahl der Schulen mit Gigabit-Anschluss verdreifacht. Das ist keine Schnecke, sondern da ist ein Gepard unterwegs.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir werden in diesem Tempo weitermachen, und wir werden uns das Ganze von Ihnen auch nicht schlechtreden lassen.

Herr Bolte-Richter, schauen Sie sich die Zahlen an, mit denen wir in diesem Haushalt bei diesem wichtigen Zukunftsfeld unterwegs sind, das vieles von dem auffangen muss, was wir an wirtschaftlichen Entwicklungen durch die Pandemie gerade erleben. Wir müssen unsere Wirtschaft zukunftsfest machen. Deshalb haben wir insbesondere im Bereich der Zukunftstechnologien 5G und bei der Förderung des Gigabit-Ausbaus fast eine Verdoppelung der Mittel von 184 Millionen Euro auf 364 Millionen Euro vorgesehen. Wir erleben auch, dass die Mittel für den Ausbau der Gigabitnetze in Gebieten, in denen die Netzbetreiber das nicht rentabel gestalten können, sich verdreifachen und sich gegenüber diesem Jahr auf 300 Millionen Euro belaufen.

Es ist eine originäre Aufgabe des Staates, eine funktionierende Verwaltung zur Verfügung zu stellen, die bürgerfreundlich ist und die schnell und effizient arbeitet. Wir erleben jetzt, dass die Mittel dafür um 130 Millionen Euro angehoben werden.

Wenn also irgendwo zum Ausdruck kommt, dass wir einen besonderen Schwerpunkt auf die Digitalisierung legen, dann ist das in diesem Haushalt 2021. Deswegen bin ich auf diesen Haushalt stolz und bitte Sie, ihm zuzustimmen. Ich bitte Sie allerdings auch darum, sich beim nächsten Mal etwas intensiver mit den Zahlen zu beschäftigen und nicht solche Märchen zu erzählen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Matheisen. – Nun spricht Herr Tritschler für die AfD-Fraktion.

Sven Werner Tritschler (AfD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die amtierende schwarz-gelbe Regierungskoalition hat sich 2017 in Sachen „Digitalisierung“ die Messlatte denkbar hoch gelegt. Mich erinnert das, weil wir gerade bei Analogien aus dem Tierreich sind, eher an einen Pfau. Man kann das aber auch anerkennen, denn gemessen an den Haushaltskennzahlen haben wir in NRW in den letzten Jahren durchaus Fortschritte gemacht.

Ein Beispiel ist der Breitbandausbau. Dafür stehen erhebliche Fördermittel bereit, und zwar auch vom Land, und wir hören von den Betroffenen schon seit Jahren keine Klagen mehr, dass es am Geld fehle.

Jetzt sind eher – wir haben es gerade gehört – ein Förderdickicht, langwierige Genehmigungsverfahren und vor allem fehlende Tiefbaukapazitäten das Problem. Eine besonders unrühmliche Rolle spielt dabei leider die EU. Sie hat beihilferechtliche Bedenken hinsichtlich der Aufgreifschwelle und verbot daher die Förderung des Gigabit-Ausbaus dort, wo Kupferleitungen aktuell Datenraten von 100 Mbit liefern können. Das soll auch bis 2023 so bleiben.

In der Folge führt das dazu, dass die Förderungen fleckenweise anstatt in zusammenhängende Gebiete ausgeschüttet werden. Diese Verinselung des Ausbaus kostet riesige Summen Geld und bindet die knappen Tiefbauressourcen.

Der Telekommunikationsbranchenverband VATM meint dazu – Zitat –:

„Nicht nur die Verschwendung von Steuermilliarden scheint weder Brüssel noch die Bundesregierung zu interessieren, auch der Gesamtausbau verzögert sich durch derartige tiefbauressourcenfressende Einzelbaumaßnahmen. Durch ineffizienten Ausbau und den gleichzeitigen Einsatz von Fördermilliarden genau für solch einen ineffizienten Ausbau steigen die Tiefbaukosten immer weiter und machen den eigenwirtschaftlichen Ausbau von Jahr zu Jahr teurer und damit unwirtschaftlicher. Und genau dies erhöht wiederum den Förderbedarf in Zukunft dramatisch.“

Das ist nur ein Beispiel, das aber zeigt, warum NRW, Deutschland und Europa im internationalen Digitalisierungswettbewerb häufig nicht mithalten können. Man setzt auf Dirigismus und Kontrolle, anstatt auf die Innovationskraft der Marktwirtschaft zu vertrauen, und dabei steht man sich häufig noch selbst im Weg.

Ein ähnliches Bild ergibt sich auch bei der Start-up-Förderung. Es ist zwar schön, dass Sie den Universitäten in dieser Sache 150 Millionen Euro mehr zugestehen, aber auch da geht es leider wieder nicht ohne Dirigismus. Das Geld soll natürlich nur für die aktuellen Modethemen Klima, Umwelt, Energiewende, Verkehrswende und Nachhaltigkeit verwendet werden. So macht man das in der Planwirtschaft –

nicht der Verbraucher und der Markt entscheiden, sondern die Planbürokratie.

(Florian Braun [CDU]: Blödsinn!)

Internationale Wettbewerbsfähigkeit, das hat die Geschichte gezeigt, schafft man so allerdings nicht.

In anderen Forschungsbereichen wie etwa der Kerntechnologie – dazu hatten wir Anträge gestellt –, die weltweit gerade eine Renaissance erlebt und die im Übrigen gewaltige CO₂-Einsparpotenziale birgt, haben Sie sich dagegen weggeduckt. Da spielt unser Land aufgrund ideologischer Scheuklappen inzwischen überhaupt keine Rolle mehr. Dabei bräuchten wir jedoch angesichts des überstürzten Kohleausstiegs dringend eine neue verlässliche Energiequelle.

Selbst dort, wo der Staat originär für die Digitalisierung zuständig ist – bei seiner eigenen Verwaltung –, sieht es nicht viel besser aus. Wir haben das im Frühjahr bei den Corona-Nothilfen in der ersten Stufe erlebt. Auf die Schnelle wurde ein digitales Antragsportal aus dem Boden gestampft. So weit, so gut – die Leute haben schnell ihr Geld bekommen. Es ist dann aber eben auch zur Spielwiese für Kriminelle geworden. Hätten die Bürger oder die Unternehmen im Land, wie das anderswo üblich ist, bereits eine Art digitales Benutzerkonto, hätten die meisten Fälle wohl verhindert werden können. Damit wäre auch viel Geld des Steuerzahlers gespart worden.

Bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes, wonach bis 2022 eine Vielzahl von Verwaltungsdienstleistungen digital angeboten werden soll, sieht es jetzt zur Halbzeit der Umsetzungsphase auch nicht besonders ermutigend aus. 75 % dieser Dienste müssen unsere Kommunen erbringen, die die Landesregierung mit dieser Mammutaufgabe ziemlich alleine lässt.

Zusammenfassend kann man also sagen: Der Haushalt liest sich gut. Die Kennzahlen sehen gut aus. Un-eigentlich kommen wir aber nicht so schnell voran, wie es wünschenswert wäre. Wir sind an manchen Stellen mutlos und an vielen Stellen leider auch ein bisschen planlos. Wir werden daher nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Tritschler. – Jetzt spricht für die Landesregierung Herr Minister Professor Dr. Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die Zukunft unseres Landes sind die digitale Infrastruktur, eine leistungsfähige digitale Verwaltung, eine wettbewerbsfähige digitale Wirtschaft, eine

digitale Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe und leistungsfähige Start-ups von zentraler Bedeutung.

Die Digitalisierung durchdringt alle Lebensbereiche. Sie ist eine Herausforderung und zugleich eine riesige Chance zur Beantwortung unserer Zukunftsthemen. Um die Digitalisierung schnell und wirksam umsetzen zu können, ist sie zum einen auch ein Treiber für Innovation und selbst wiederum die Voraussetzung für Innovation. Ich denke an das Thema Industrie 4.0 mit it's OWL, ich denke an das Kompetenznetzwerk 5G, ich denke an das Kompetenznetzwerk Künstliche Intelligenz, ich denke an unsere Initiative zur Cybersecurity, 3D-Druck, in den Bereichen „Energie/Klima“.

Noch ein Nachtrag zum Thema Kobalt: Das ist doch genau das Thema, das wir aufgreifen müssen. Wir wollen in die neuen Antriebstechnologien. Wir sehen: Rohstoffe sind knapp, also müssen wir uns doch was einfallen lassen, also machen wir Innovationen. Es wird demnächst ein Recyclingwerk für Kobalt hier Nordrhein-Westfalen geben. Wir forschen auf diesem Gebiet, damit wir ohne Kobalt oder mit möglichst wenig Kobalt Batterien bauen können.

Also, warum sind wir denn nicht offen für Neues? Warum wollen wir denn den Stillstand? Stillstand ist Rückschritt, Fortschritt setzt Innovationen voraus. Die können wir in Nordrhein-Westfalen, wenn wir uns darum kümmern. Und das tun wir.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Bei der digitalen Infrastruktur, lieber Herr Bolte-Richter, habe ich Sie heute auch nicht verstanden. Da waren so viele Dinge, von denen ich nicht genau verstanden habe, warum Sie die so platziert haben. Schauen Sie doch mal, wo wir herkommen. Ich habe das noch ein bisschen in Erinnerung, es liegt erst drei Jahre zurück. Da haben wir so eine kleine Erstabrechnung gemacht, wo wir beim Gigabit-Ausbau, von dem Sie eben sprachen, herkommen. Nach drei Jahren stellen wir fest, dass sich die Anzahl der Haushalte, die über Gigabit-Anschlüsse verfügen, allein seit 2018 auf 52 % vervielfacht hat, die der Schulen hat sich auf 51 % verdreifacht. Das ist nicht eine Ankündigung, das ist das Ergebnis!

Jetzt halten Sie uns die 96 % entgegen, weil noch nicht alle angeschlossen, sondern zum Teil in der Planung sind. Aber auch für die 96 % gilt, dass wir den Anteil der Schulen, die keine Planung haben, in dieser Zeit gezehntelt haben. Das heißt, als wir hier anfangen, gab es fast keine Schule, die am Gigabitnetz eingeschlossen war, und es gab fast keine Schule, die wenigstens einen Plan gehabt hätte, wie man sie hätte anschließen können. Wir haben jetzt mehr als die Hälfte der Schulen schon angeschlossen, und für fast alle haben wir einen Plan, wie wir das bis 2022 schaffen wollen. Das ist der Unter-

schied zwischen unserer Arbeit und der, die wir hier vorgefunden haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das könnte ich auch auf andere Themen ausweiten, zum Beispiel auf die Hochschulen, weil ich selbst mit Frau Pfeiffer-Poensgen und dem Finanzminister mit den Rektoren und den Kanzlern der Hochschulen verhandeln durfte. Ich will dazu etwas sagen, Herr Bolte-Richter, da ich mal Wissenschaftsminister war und die große Freude hatte, mit der damaligen CDU/FDP-Regierung und den Koalitionsfraktionen das Hochschulfreiheitsgesetz Wirklichkeit werden zu lassen, und dann aus der Ferne miterleben durfte, wie das von der nachfolgenden Regierung zurückgefahren worden ist.

Ich könnte mir sehr gut vorstellen, dass die Hochschulen 2016 nicht unter das E-Government-Gesetz wollten, weil sie fürchteten, dass die Informationen, die sie dann dem Finanzminister, der Landesregierung hätten überspielen dürfen, genutzt worden wären, um den Zügel für die Hochschulen noch enger anzuziehen, als die Landesregierung es ohnehin schon getan hat. Deswegen wollten die nicht unter das E-Government-Gesetz.

(Matthi Bolte-Richter [GRÜNE]: Das ist doch lächerlich! Sie wissen das selbst besser!)

Bei uns wollen die Hochschulen unter das E-Government-Gesetz, weil Frau Pfeiffer-Poensgen das Hochschulfreiheitsgesetz wiederhergestellt hat,

(Beifall von der CDU und der FDP)

weil die Hochschulen Vertrauen in diese Landesregierung haben und weil wir ihnen das Geld dafür gegeben haben. Wir haben ihnen für die Digitalisierung ihrer Verwaltungsprozesse, die über die Zeit zu erheblichen Einsparungen führen wird, 150 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Das macht eben den Unterschied aus: Vertrauen und die notwendigen Ressourcen müssen Sie den Menschen geben. Dann werden sie auch die Zukunft in eigener Verantwortung gestalten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist der Unterschied. Das machen wir hier Nordrhein-Westfalen. Da halten wir auch Wort.

Das, was Herr Tritschler gesagt hat zum eigenwirtschaftlichen Ausbau, auch das machen wir. Schauen Sie sich an, was wir in den letzten drei Jahren beim Gigabitausbau haben machen können: 3,2 Milliarden Euro private Investitionen, 1,1 Milliarden Euro von Bund und Land. Wenn wir die Privaten nicht hätten, wären wir nicht so weit, wie wir es sind. Wir werden ohne die privaten Investitionen auch nicht diese ehrgeizigen Ziele für die nächsten Jahre erreichen können. Das habe ich hier immer unterstrichen.

Das setzt aber voraus, dass die planerischen Voraussetzungen geschaffen werden, dass wir zur Zusammenarbeit zwischen Land, Kommunen und Unternehmen bereit sind. Das haben wir gemacht, indem wir den Prozess auch sehr systematisch mit den Gigabit-Beauftragten, mit den Gigabit-Geschäftsstellen bei den Bezirksregierungen entwickelt haben, indem wir eng mit den Kommunen zusammenarbeiten und auch bei den Bauämtern Vertrauen dafür schaffen, dass auch die modernen Verlegemethoden helfen können, Glasfaser schneller und sicher in den Boden zu bekommen. Ich glaube, das sind die zentralen Voraussetzungen, um die ehrgeizigen Ziele, die wir uns gesetzt haben, zu erreichen.

Ein Letztes möchte ich noch sagen mit Blick auf Ihre sehr kritischen Anmerkungen, Herr Bolte-Richter – damit Sie sehen, dass wir das fest im Blick haben, was wir im Koalitionsvertrag geschrieben haben, was wir angekündigt haben. Sie haben gesagt, wir würden jetzt etwas vernebeln, weil wir auf einmal Flächenversorgungswerte bemühen würden. Wir sind doch die Regierung, die erstmalig im Sommer überhaupt Flächenversorgungswerte für Nordrhein-Westfalen vorgelegt hat!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist doch der Unterschied. Wir haben bisher immer nur Haushaltswerte gehabt. Die Haushaltswerte für Nordrhein-Westfalen liegen bei Vodafone und bei der Telekom bei 99,4 %, bei Telefónica bei 97,3 %, die höchsten Werte, die Sie bei Flächenländern in Deutschland vorfinden. Bei der Flächenversorgung haben wir 98,5 % der Fläche über alle Anbieter; einzelne Anbieter liegen bei bis zu 93,6 %.

Damit sind wir noch nicht zufrieden, aber damit haben wir in den letzten Jahren deutliche Verbesserungen erreicht, und wir haben Controlling-Systeme, die uns ganz klar sagen, wo wir stehen und wohin wir noch müssen. Mit diesem Ehrgeiz wollen wir weiterarbeiten.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ich danke herzlich für die zusätzlichen Mittel im Haushalt. Wir werden sie verantwortungsvoll einsetzen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Also kommen wir zur Abstimmung, und zwar – nach dem Schluss der Aussprache zu Teil „c) Innovation, Digitalisierung“ – über den Einzelplan 14: Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der Drucksache 17/11914, den Einzelplan 14 unverändert anzunehmen. Wer stimmt dem so zu? –

Die CDU und die FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und AfD stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Die gibt es nicht. Die Mehrheit hat entschieden. Der **Einzelplan 14** ist in **zweiter Lesung angenommen** worden.

Ich rufe nun auf:

Einzelplan 10
Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Ich darf hinweisen auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/11910 sowie die Änderungsanträge der Fraktion der SPD Drucksachen 17/11936 bis 17/11939. Wir gliedern die Debatte in die Teile a) und b). Zunächst diskutieren wir den Bereich

a) Umwelt, Landwirtschaft und Naturschutz

Ich eröffne die Aussprache. Herr Kollege Stinka hat für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

André Stinka (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir Sozialdemokrat*innen wollen für Nordrhein-Westfalen eine Umweltpolitik, die die planetaren Grenzen anerkennt, die gerecht ist, die die Umweltpolitik nicht als ein Elitenprojekt ansieht, die innovationsoffen ist und die konkret kommunal vor Ort ansetzt.

Deshalb braucht es Maßnahmen zur Förderung der grünen Infrastruktur. Wir Sozialdemokrat*innen sind der Auffassung, dass der Erhalt und die Verbesserung der Ökosysteme und ihrer Leistungen für die Entwicklung des Landes unverzichtbar sind.

Die Umweltministerin Ursula Heinen-Esser freut sich zwar heute per Pressemitteilung über das Konjunkturpaket „Grüne Infrastruktur“ und begrüßt das große Interesse – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

„Ich bin absolut überwältigt und dankbar für die Resonanz auf den Aufruf. Das zeigt, wie groß der Bedarf zur Entwicklung grüner Infrastruktur für die Konjunktur und die Gesellschaft unseres Landes ist, ...“

Die SPD-Fraktion fragt sich – ich frage mich –, wo die Mittel bleiben, die über die 60 Projekte in Nordrhein-Westfalen hinaus gehen, wenn dem so ist. Wir haben hier im Land rund 400 Städte und Gemeinden. Ich kann mich noch gut an unseren Antrag aus dem Jahr 2017 erinnern, der damals belächelt wurde, mit dem wir die Hitzeinseln thematisiert haben. Sie haben damals gesagt, das sei so nicht nötig, und wir würden in die kommunale Selbstverwaltung eingreifen. Wir haben damals mit einer kontinuierlichen Politik den

richtigen Ansatz gesetzt, sodass wir heute zumindest 60 Projekte im Land haben.

Auf der anderen Seite – wir haben es gerade angesprochen – bedarf es einer Unterstützung des Kleingartenwesens. Es ist deutlicher Bestandteil – das erleben wir auch in der Coronakrise – des sozialen Zusammenhalts und der nachhaltigen Entwicklung. Deswegen haben wir auch hier eine Erhöhung der Ansätze gefordert, weil sowohl die Biodiversität als auch der gesellschaftliche Zusammenhalt in Kleingartenverbänden deutlich herausgehoben werden wird.

Die Biologischen Stationen im Land Nordrhein-Westfalen unterstützen mit ihrer fachlichen Arbeit den Erhalt der Biodiversität. Hier ist nach unserer Einschätzung bei fortschreitendem Artensterben eine deutliche Unterstützung notwendig. Wenn wir auf der einen Seite die Landwirtschaftskammern für die Erhaltung der Biodiversität unterstützen, haben auch die Biologischen Stationen nach unserer Einschätzung diese Unterstützung verdient.

Die vergangenen und die noch vor uns liegenden Hitzeperioden fordern einen besonderen Beitrag, damit für die Bürgerinnen und Bürger die Auswirkungen der Hitzebelastung reduziert werden können. Wir Sozialdemokrat*innen wollen hier konkret ansetzen, um Lebensqualität für alle Menschen in unserem Land zu sichern und zu verbessern und somit für Umweltgerechtigkeit zu sorgen. Die schwarz-gelbe Landesregierung lässt hier einen roten Faden nicht erkennen. Sie agieren nur, statt zu planen und zu organisieren. Sie zeigen zwar Probleme auf und sind immer verständnisvoll, doch sie bleiben uns und den Bürgerinnen und Bürgern Antworten schuldig. Zukunftsweisende Entscheidungen finden wir nicht.

Ich mache dies gerade an der Novelle des Landeswassergesetzes fest. Sie haben damit unter Beweis gestellt, dass Sie ohne Not ihre eigenen Ziele im Nachhaltigkeitsbericht nicht einhalten und sich gegen alle Fachverbände der Wasserwirtschaft aufstellen.

Ein anderer Bereich, den wir zur Biodiversität zählen, wird in Ihren Reden zwar immer stark mit Worten unterlegt. Wenn wir uns aber an den großen Insektenkongress 2019 erinnern, dann stellen wir fest, dass er sich im Haushalt und auch in der aktuellen Gesetzgebung zur Novellierung des Landeswassergesetzes wenig niederschlägt. Wir reden über die Reduzierung der Gewässerrandstreifen und die Flächenproblematik. Wir hatten gerade den Wirtschaftsminister hier. Auf der Landesebene ist das nach wie vor nicht in Arbeit. Deswegen unsere deutliche Kritik, dass hier zwischen Reden und Handeln der Landesregierung Welten liegen. Wir erinnern uns noch an den Aufruf von Dr. von Hirschhausen auf Ihrer großartigen Veranstaltung, wie wichtig hier eine Tätigkeit sei.